L A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

- o -

II. Wahlperiode /32.Sitzung.
1.Sitzungsperiode 1927(1)

STENOGRAPHISCHER BERICHT

über die am 31.März 1927 im Neuen Sitzungssaale des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Sitzung des Landesrates.

- o -

Der Vorsitzende, Mitglied S c h e u e r (Z)-St.Jngbert, eröffnet um 9 Uhr 45 Minuten vormittags die Sitzung.

Seitens der Regierungskommission ist anwesend:

Der stellv. Staatskommissar, Herr Oberregierungsrat Dr. H e i m aus der Abtlg. des Innern.

Entschuldigt fehlen die Mitglieder:

Eifler (K.P)-Neunkirchen; Kommerzienrat Dr.Röchling (DSV)-Völklingen.

- o -

Vorsitzender: Meine Herren! Mit Erlaß vom 17.März ds.Js. hat der Herr Präsident der Regierungskommission die 1.Sitzungsperiode für 1927 auf heute, den 31.März, festgesetzt. Der Vorstand hat Sie infolgedessen auf heute zu einer Vollsitzung einberufen.
Die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Dieselbe lautet:

T A G E S O R D N U N G :

I. Wahl der Beisitzer des Vorstandes;

II. Bildung der Kommissionen;

III. Begutachtung der Verordnungs-Entwürfe der Regierungskommission betr.:

1) Pflichtberufsschulen;

2) Vornahme einer Volks-,Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1927;

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

3) Abänderung der Gefangenen-Unfallfürsorge;

4) Erhöhung der Strafen für Schulversäumnisse.

Wir beginnen mit Punkt 1 derselben,

Wahl der Beisitzer des Vorstandes.

Nach der Geschäftsordnung hat die Wahl schriftlich zu erfolgen. Die Zettel sind verteilt. Wenn kein Vorschlag gemacht wird, kann mit dem Einsammeln der Stimmzettel begonnen werden. -

Nach den eingesammelten Stimmzetteln entfallen auf die Herren Betz 20 Stimmen, Eifler 8 Stimmen. Damit sind die Herren Abgeordneten Betz mit 20 und Eifler mit 8 Stimmen gewählt.

Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung,

Bildung der Kommissionen.

Ich schlage vor, die Kommissionen in ihrer bisherigen Zusammensetzung zu belassen. Widerspruch erhebt sich nicht, Sie sind also damit einverstanden.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung betr.:

Begutachtung der Verordnungs-Entwürfe der Regierungskommission,

schlage ich vor, daß dieselben wie folgt, in die Kommissionen verwiesen werden:

1. Verordnung über Pflichtberufsschulen in die III. und VI. Kommission;

2. Verordnung über Vornahme einer Volks-, Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1927, in die IV. Kommission;

3. Verordnung über Abänderung der Gefangenen-Unfallfürsorge, in die 7. Kommission;

4. Verordnung über Erhöhung der Strafen für Schulversäumnisse in die IV. und V. Kommission.

Widerspruch erhebt sich nicht, ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zur

A4

Zur Abgabe einer Erklärung hat der Herr Staatskommissar Dr. H e i m um's Wort gebeten.

Staatskommissar Dr.Heim: Meine Herren! Die Tagesordnung mit den Vorlagen ist nicht vollständig. Mit Rücksicht auf den Lohn-und Gehaltsabbau hat sich die Regierungskommission entschlossen, steuerliche Erleichterungen auf dem Gebiete der Lohnsteuer eintreten zu lassen. Die Vorlagen sind im Druck und werden Ihnen in nächster Zeit zugehen. Ich bitte Sie, das schon früher bewährte Verfahren einschlagen zu wollen und zu beschließen, daß die Vorlagen ohne besondere Vollsitzung den Kommissionen heute überwiesen werden.

Vorsitzender: Ich glaube, daß wir in dieser Weise verfahren können. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Levacher !

Abg. Levacher (Z): Meine Herren! Es ist der Wunsch ausgesprochen worden, wir möchten auch zu den Ereignissen der letzten Genfer Ratstagung Stellung nehmen. Meine Parteiinstanzen hatten gleich nach der Ratstagung diesem Wunsche entsprochen, indem ich beauftragt worden bin, die Stellung unserer Partei in der großen Versammlung am 17.März in Saarbrücken kundzutun. Da ich das mit aller Ausführlichkeit getan habe, kann ich es mir hier ersparen, nochmals auf die Einzelheiten einzugehen. Ich kann nur feststellen, daß die später erfolgten Verhandlungen im Reichstag keinerlei Veranlassung geben, an meinen Ausführungen irgend etwas zu ändern. Unser Standpunkt ist eindeutig und klar in der damals beschlossenen Resolution wie folgt wiedergegeben:

" Die Saarbevölkerung kämpft seit Jahren um das geringe Recht, das ihr der Versailler Vertrag belassen hat. Obschon der Völkerbundsrat in all' seinen früheren Beschlüssen in der Militärfrage den Rechtsstandpunkt anerkannt hat, ist durch die dauernde Errichtung der sogenannten „Bahnschutz-Truppe" der Rechtsstandpunkt verlassen worden. Gegen diese Rechtsverletzung protestiert die Zentrumspartei des Saargebietes mit aller Entschiedenheit. Weiterhin bedauert die Zentrumspartei es außerordentlich, daß wiederum eine neutrale Zusammensetzung der Regierungskommission nicht gewährleistet wurde. Sie gibt der dringenden Erwartung Ausdruck, daß möglichst bald diese Unterlassung gut gemacht wird.

Die Partei erklärt, daß ihre Genfer Delegationsmitglieder als gewählte Vertreter des Volkes in ihrem Auftrag handeln und spricht ihnen wiederholt ihr volles Vertrauen, sowie ihren uneingeschränkten Dank für ihr entschlossenes Eintreten für die Interessen der Saarbevölkerung aus.

Die

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4 I

7

Die der Saarbevölkerung als auch dem Ansehen des Völkerbundes schwer abträglichen Ergebnisse der letzten Ratstagung haben erneut den Beweis erbracht, daß nur die Erfüllung der von der Zentrumspartei oft erhobene Forderung nach baldiger Rückkehr zum Reiche eine Gesundung der unhaltbaren Verhältnisse herbeiführen kann."

Wir haben heute dem nur noch hinzuzufügen, daß wir eindringlich die Aufforderung an die Regierungskommission richten, nachdem der Völkerbundsrat es ihr in die Hand gelegt hat, die Zahl der Bahnschutz-Truppe von 800 Mann herabzusetzen, möglichst eine geringe Zahl dieser Leute, die hier im Saargebiet nichts zu tun haben und nichts zu tun haben werden, zu berufen. Weiter möge die Saarregierung dafür Sorge tragen, sobald wie möglich die freiwerdenden Wohnräume und Kasernen der Saarbevölkerung zu Wohnungszwecken zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Dr. Heim.

Staatskommissar Dr. Heim: Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Levacher hat in seiner Erklärung die Frage der Zusammensetzung der Regierungskommission berührt. Nachdem diese Angelegenheit zur ausschließlichen Zuständigkeit des Völkerbundsrates gehört, möchte ich Sie bitten, von einer Erörterung dieser Frage Abstand nehmen zu wollen.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Dr. Sender!

Abg. Dr. Sender (SP): Meine Herren! Ich kann leider dem Wunsche des Herrn Staatskommissars nicht Rechnung tragen. Ich muß schon, da wir keine Gelegenheit genommen haben, im Verlaufe der letzten Wochen die Ergebnisse der Genfer Beratungen zum Gegenstand einer Diskussion zu machen, in diesem Falle schon hier im Landesrat das Wort zu diesen Ereignissen nehmen. Ich will versuchen, im Rahmen der gesamten Ereignisse die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu diesen Genfer Ereignissen, zu diesen mangelhaften Genfer Ereignissen, zu illustrieren.

Meine Herren! Vor einem Jahre hatten wir eine politische Aussprache hier gehabt, als es sich um den teilweisen Wechsel in der Regierungskommission handelte. Damals konnte man feststellen, daß Locarno keine Rückwirkungen auf die Zusammensetzung der Regierung ausüben würde. Dann kam Thoiry, verbunden mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Damals erlebten wir einen in die Blüten schießenden Optimismus. Man glaubte vielfach, daß Rheinland und Saar in Bälde frei sein würden. Wir Sozialdemokraten warnten und hatten dabei recht. Meine Herren! Wir als Sozialdemokraten verkennen die mangelhafte Konstruktur des Völkerbundes nicht, in dem Reaktionäre und Absolutisten, ja sogar eine faszistische Regierung, also ausnahmsweise bürgerliche Regierungen die Gewalt ausüben. Wir erwarten von einem solchen Gebilde bürgerlicher Struktur nicht allzuviel, aber

wir

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4 I

wir werten ihn als ein entwicklungsfähiges Instrument, das von den Sozialisten nach und nach erobert werden muß, das von den Völkern selbst, beim Fortschreiten der Entwicklung der Sozialdemokratie, in den einzelnen Ländern , auch erobert werden wird. Mit der Lage der Verhältnisse hängt es auch zusammen, daß es fast immer nur die Sozialisten, allerdings gebunden durch Koalition in ihren eigenen Ländern, sind, die verständnisvoll für unsere Rechte eingetreten sind, Rechte, die nicht allein Rechte der Arbeiter darstellen, sondern zum Teil auch diejenigen der Bürgerlichen. In diesem Völkerbund, das ist ja auch in diesen Tagen in Versammlungen gesagt worden, wird gekämpft, gekuhhandelt und kompromisselt. Bei dieser Art der Verhandlungen, wird Schritt für Schritt Terrain abgegeben und Terrain gewonnen. Und wenn Deutschland in den Völkerbund eingetreten ist, so ist es ganz klar, oder es mußte für seine Führer ganz klar sein, daß es durch seinen Eintritt in den Völkerbund nur gewinnen konnte, denn es ist das Land der zersprengten Minderheiten. Es hat ungeheuer viel Positionen zu verteidigen: Danzig, Eupen= Malmedy, Oberschlesien, den Korridor- ich sage ausdrücklich den Korridor-, Memel und die Saar. Es hat ein besetztes Gebiet, es hat Mandatsinteresse,- vielleicht!- Es hat starke Annäherungs-und Verständigungsbedürfnisse, es hat umfassende Interessen, und hat auch die Frage der Beobachtung etwaigen Annektionshungers zu überwachen. Deshalb mußte zweifellos Deutschland in das Kremium eintreten. Auf der anderen Seite steht sein einziger Partner, Frankreich. Frankreich verteidigt sein Terrain, Deutschland sucht Terrain zu gewinnen und Frankreich verteidigt sein Terrain mit allen Mitteln. Frankreich hat eine reaktionäre Regierung mit Poincaré an der Spitze. Poincaré, der alte Kriegsmann, Poincaré der Militarist, Poincaré, der Freund und Diener des Großkapitals. Ihm gegenüber steht Briand, der meines Erachtens von Herrn Schmelzer in der Versammlung, die hier in Saarbrücken stattfand, nicht ganz objektiv beurteilt worden ist.

Meine Herren! Wir dürfen nicht unterschätzen, es hat auch keinen Sinn, dieses Mal alle Angriffe abzuwarten. In der ganzen reaktionären Regierung Frankreichs-ausgenommen Briand- ist es heute zweifellos, daß die Regierung zu einer Verständigung geneigt ist. Dagegen ist der Politiker der Kriegsjahre, Poincaré, der keinen Blick und kein Verständnis für die Zukunft der Völker hat . Ist das ein Mann des Friedens ? Briand ist ein Verständigungspolitiker, der trotz aller Schwierigkeiten als Mann des Friedens in die Zukunft schaut und der Verständigung entgegenstrebt, während Poincaré, der Mann des Krieges, nur den Blick für die Vergangenheit hat und antipazifistisch eingestellt ist.

Das ist klar, meine Herren, daß eine Poincarérégierung mit ihren reaktionären Mitarbeitern, den Völkerbund für ihre Einzelinteressen benutzt oder benutzen möchte. Eine solche Regierung ist gar nicht geneigt,

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4 I

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9 6 A4

geneigt, den Völkerbund grundsätzlich zu fördern, sie verteidigt vielmehr den Versailler Vertrag und die ganzen französischen Positionen. Es ist deshalb für die Sozialdemokratie ganz klar, daß bei einer derartigen französischen Regierung die Prognose für das Schicksal des Saargebietes nur eine düstere- ich möchte mich etwas sanfter ausdrücken-- eine unsichere genannt werden muß. Es muß deshalb nach wie vor festgestellt werden, daß der poincaristische Geist ebenso wie der deutsche Chauvinismus die stärksten Hindernisse für das Gedeihen des Völkerbundes sind. Poincaré war auch der Feind, gewollt oder ungewollt, der deutschen Demokratie, der Vater der Völkischen. Diese völkischen Mannen, die ja jüngst in Saarbrücken auch aufzutreten sich bemüht haben, wenn auch ohne Erfolg, machten keine Konzessionen. Auch von einem Poincaré sind wertvolle Konzessionen nicht zu erwarten. Er hat auch der deutschen Demokratie nichts konzessioniert. Und auf der Bahre der poincaristischen Außenpolitik lagen Männer wie Rathenau und Erzberger.

Sehen wir uns die politische Lage an, so haben wir ein merkwürdiges Schauspiel:

Nationalisten in der französischen Regierung!
Nationalisten in der deutschen Regierung!

Und da kann man sich die Frage mit ruhigem Gewissen vorlegen, ob man bei dieser Konstellation eine ernsthafte Verständigung erzielen kann. Die Verbrüderung des Reichsaußenministers Dr. Stresemann mit den Deutschnationalen läuft parallel mit den antifriedlichen Bestrebungen eines Poincaré, Marin und Tardieu. Durch die deutsche Reaktion wird die Rheinlandräumung in dem selben Maße gehindert, wie sie vereitelt wird von der französischen Reaktion und damit werden auch die anderen Probleme, die mit der Rheinlandfrage zusammenhängen in den Hintergrund geschoben. Was soll also mit dem Rheinlandproblem und der damit eng verbundenen Saargebietsfrage bei einer derartigen Konstellation der Regierungen geschehen? Wer tritt von den Vertretern im Rat für uns ein ? Hier und da ein Sozialist, wie zuletzt Vandervelde oder ausnahmsweise mal ein Bürgerlicher wie etwa Lord Cecil, der nicht umsonst in die Kommissionen abgedrückt wurde. Bei dieser unheilvollen Konstellation mußte ein so mageres Ergebnis von Genf zweifellos sein. Und darüber, meine Herren, das ist der Zweck meiner Ausführungen, müssen wir uns Klarheit verschaffen darüber, was zusammengefaßt werden kann in den Satz:

Solange eine Regierung Poincarés, die die Positionen des Versailler Vertrages verteidigt, solange sie sich noch stützen darf auf eine ihr freundschaftlich gesinnte reaktionäre deutsche Regierung und solange man über militärische Fragen im Völkerbunde handelt oder verhandelt und solange Frankreich das Saargebiet als Kompensations-oder Druckmittel benutzt, solange ist die Annektionsabsicht in Frankreich vorhanden. Solange glaubt das französische Großkapital auf die Bodenschätze des Saargebietes Anspruch zu haben. Solange es seine unlösbare sein sollenden wirtschaftlichen Bindungen im Saargebiet behält, solange, meine

meine Herren, wird auch eine Frankreich zuneigende Majorität in der Regierungskommission des Saargebietes sein. Und da können meines Erachtens alle unsere Proteste und alle Delegationen nichts daran hindern. Solange wird auch das Rheinland nicht frei und solange wird auch Eupen-Malmedy und das Saargebiet nicht zu Deutschland zurückkehren können. Hoffentlich habe ich nicht recht und Herr Briand Glück!

Der Hunger des französischen Großkapitals, dessen politischer Führer Poincaré ist, ist ja ein starker Milderungsgrund für Stresemann und sein Genfer Ergebnis. Aber das darf die Reichsregierung sich merken, solange Stresemann im Bündnis mit den deutschen Chauvinisten steht, wird der Miß erfolg sein Begleiter sein. Das Ausland ist nicht so töricht, die frühere und heutige Stellungnahme des Herrn Stresemann nicht zu kennen. Was wollen die Deutschnationalen? Haben sie außenpolitische Verständigung erst in den letzten zwei Monaten gelernt ? Zweifellos nicht ! Sie lernten erst eine Verständigung außenpolitischer Art in der Zwangsjacke der Außenpolitik. Was wollen diese Herren? Sie wollen den Abbau der deutschen Republik und wollen einen Marsch antreten über das Reich zu Preußen, dessen Verwaltung sie wieder in die Hände bekommen wollen und dessen Rechtsprechung sie immer noch in Händen hatten. In dieser Konstellation ist es ein Ereignis unseres Jahrhunderts, daß Reichsaußenminister Stresemann, der Stresemann von 1927 sich einen Nobelpreis auszahlen läßt, während der Stresemann von 1919 von Verständigungs-und Erfüllungspolitik gar nichts wissen wollte. Dieser Nobelpreis dürfte zum größten Teil auf sein Verdienstkonnto nicht gutzuschreiben sein.

Meine Herren! Ganz ernsthaft noch eins! Sie, meine Herren vom Landesrat, von der Mitte und Rechten, wollen nicht verstehen, warum im Saargebiet die Einheitsfront nicht möglich ist. Ich erkläre Ihnen, daß dies unausführbar ist. Die Koalitionsunfähigkeit der bürgerlichen Parteien, die wiederum die Sozialisten für koalitionsunfähig halten im Reiche und in Preußen, ist für uns Sozialdemokraten an der Saar ein warnendes Beispiel geworden. Das hindert jedoch nicht, daß jeder in seinem Rahmen seine Pflicht tut. Das Ergebnis dieser allgemeinen Betrachtungen ist folgendes:

Die Saar hat noch nicht aufgehört ein gefährdeter Punkt zu sein und wird weiter ein Handelsobjekt bleiben. Das ergibt, daß die französische Mehrheit in der Regierungskommission französische Tendenz haben wird. Das ist natürlich die notwendige Konsequenz der Poincaré-Politik! Man muß bei Betrachtung der politischen Lage des Saargebietes genau sehen und keine Kirchturm-Politik treiben. Was die Zusammensetzung der Regierungskommission anbelangt, so wird bekanntlich der Präsident Stephens gehen. Bezüglich seines Nachfolgers sind wir sehr bescheiden. Wir wollen nur, daß es ein objektiv und neutral denkender Mann ist. Das ist nicht sehr viel und doch sehr viel!

Das Urteil über Herrn Minister Lambert ist Ihnen ja bekannt. Ich hatte die Ehre, im vorigen Jahre an dieser Stelle unsere Meinung zu sagen. Es erübrigt

sich

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

sich, heute weiter darauf einzugehen. Meine Herren! Wer wird sein Nachfolger sein? Man sprach in Genf von Italien, daß ein Herr aus Italien seine Stelle übernehmen würde.

(Zurufe: Hört,hört!)

Ich wünsche Herrn Stresemann vollen Erfolg in dem Sinne, daß er Glück hat und einen sozialen,republikanischen und antifaszistischen Anhänger Mussolinis einerntet. Ich glaube aber,daß, solange die Zwistigkeiten zwischen Frankreich und Italien bestehen, ein italienischer Vertreter kaum in Frage kommen dürfte. Wir Sozialdemokraten sind der Meinung,daß der Zusammensetzung der Regierungskommission eine Bedeutung zukommt,besser gesagt,eine lokale Bedeutung,weil die Zusammensetzung der Regierungskommission nur ein Teilchen der Annexionspolitik Frankreichs bedeutet.Dies zur Regierungskommission und ihrer Zusammensetzung.

Was die Militärfrage anbelangt,so hängt sie ja mit der Rheinlandbesetzung in engster Weise zusammen, man kann sogar sagen, daß die Saarmilitärfrage und die Rheinlandbesetzung ein einheitliches Problem in der französischen Politik darstellt. Das Rheinland ist besetzt, die Saargebiet unbesetzt- so heißt es wenigstens - oder sagen wir ungeschützt. Das ist eine Situation, die für Generale untragbar ist. Ich will mich einmal als Militarist aussprechen. Die Gehirne der Militaristen sind meistens vermauert. Diese Militaristen können kein Loch vertragen,auch hinten keins.

(Lachen und Heiterkeit!)

Ein militärisches Loch natürlich! Sie fürchten sich vor der aufrührerischen Bevölkerung an der Saar,-ein Kapitel für sich-. Der Völkerbundsrat hatte sich für den Abbau des Militärs im Saargebiet in Genf festgesetzt. Die Rücksichtnahme auf Frankreich fand eine Lösung nach früheren Beschlüssen. Es war keine Überraschung, daß wir Bahnwärter in Fastnachts-oder sonstigen Maskenkleidern erhalten. Das ist eine politische Heuchelei.

(Zurufe: Sehr gut !)

Das ganze war ein vorbereitetes politisches Manöver. Die Regierungskommission in ihrer Mehrheit hat wohl nicht anders handeln können. So von ganz ungefähr kommen diese Beschlüsse nicht,denn jeder hat sein Land hinter sich, und Herr Briand hat - nach der Rede des Herrn Schmelzer- Herrn Morice hinter sich gehabt. Die Regierungskommission besteht schließlich nur aus Vertrauensleuten der einzelnen Länder. Meine Herren! Deutschland und die Saardelegation standen da vor einem Bollwerk. Ich glaube,man kann gerecht sein,ungeheuer mehr war nicht zu erreichen. Herr Stephens stand vor einer Mehrheit seiner Kollegen und war unterlegen und das wird auch in Wirklichkeit der Grund seines Abgangs gewesen sein. Es ist für einen

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4 I

Präsidenten ein untragbarer Zustand, in der Minderheit zu sein und überstimmt zu werden. Die Folge war, daß er seine Stellung für unhaltbar hielt, aber eins kann man entnehmen, daß die Position eines deutschen Präsidenten für diesen eine unhaltbare Position wäre.

Betrachten wir uns die Lösung der

Militärfrage.

Nun haben wir endgültig 800 Mann verkapptes Militär an der Saar. 800 Mann Bahnwärter haben wir und wie aus der Resolution des Herrn Levacher hervorgeht ,als bleibend erhalten, leider bis zur endgültigen Lösung der Frage überhaupt. Es sind gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen den sozialdemokratischen Delegierten und den Delegierten des Zentrums und der Deutsch-Saarländischen Volkspartei aufgetreten. Diese Meinungsverschiedenheiten sind im Beisein von Herrn Stresemann besprochen worden und der deutsche Außenminister hat großes Verständnis für den sozialdemokratischen Standpunkt aufgebracht. Wir haben noch stets den restlosen Abbau des Militärs verlangt. Ich will nicht mehr auf die Tendenzmeldung der Belgischen Telegraphen-Agentur zurückkommen. Diese Frage haben wir bereits in der Presse erledigt.

Unsere Haltung war folgende: Den Bahnschutz, oder die Sicherung, oder die Garantie der Truppen-Transporte übernehmen wir und die Gewerkschaften. Sie können das und hätten das auch getan, aber Bahnwärter in Zivil sind bedeutend gefährlicher als 800 Mann Uniformierte. Erstere werden sehr leicht als "agents provokateurs" in Betracht kommen, provozieren, und es wird leicht zu Streitfällen mit der Bevölkerung kommen. Sind diese Leute aber uniformiert und dadurch auch für die Öffentlichkeit gekennzeichnet, schwinden diese Gefahren in erheblichem Maße. Im übrigen waren wir bereit, den Bahnkörper durch die Gewerkschaften zu garantieren, mit anderen Worten, daß dadurch jedes fremde Militär im Saargebiet überflüssig wurde.

Zur wirtschaftlichen Lage werde ich persönlich nichts sprechen, sondern mein Fraktionskollege Brettar. Ich kann zum Schluß nur eins sagen: Wir haben ungeheuer schwere Sorgen um die Arbeiterschaft, die sich in drei politische Gruppen spaltet, zur Freude der Bourgeoisie. Würde die Arbeiterschaft endlich einmal den Unsinn der gegenseitigen Zersplitterung einsehen, so wären wir einen gewaltigen Schritt vorwärts. Betrachten wir die Situation, so müssen wir feststellen, daß sowohl die Regierungskommission, sowie die französische und deutsche Regierung den Arbeitern gegenüber recht wenig zuvorkommend, teilweise sogar feindselig eingestellt sind. Es ist sehr viel geredet worden von der Rückgliederung. Wo sind die Vorbereitungen gegenüber den katastrophalen Folgen, die zweifellos entstehen werden. Man kann beinahe bezweifeln, ob ein

guter

L H Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4

guter Wille vorhanden ist. Einzelne Kreise erhalten Darlehen,erhalten Zollstundungen,von denen die Arbeiterschaft keinen Pfennig hat. Da gibt es Betreuungen, über die wir schon gesprochen haben.

Sie sehen ,meine Herren, da geht alles Arm in Arm,Regierungskommission,Frankreich,Deutschland und das Saargebiet,

(Zurufe: Sehr gut !)

wenn es sich um das Schicksal der Arbeiter handelt. Das ist alles viel wichtiger, als die Frage,ob wir 200 oder 800 Mann Bahnwärter haben. Wir werden es nicht gestatten,daß eine Ablenkung der Meinung in Szene gesetzt wird. Wir stehen heute vor einer geradezu trostlosen Lage im Saargebiet. Die deutsche Regierung tut nichts,sie hat für die Arbeiterschaft in dem Sinne nichts getan. Es ist das Elend der

.....

Wohnungsnot,

über das wir zu sprechen haben. Es zeigten sich da keine besonderen Erfolge der christlichen Nächstenliebe. Meine Herren, wir müssen uns endlich einmal nach dieser Richtung hin ermannen,das Proletariat geht ohne Wohnungen und Wohnungsmöglichkeit zugrunde. Wir haben uns damit schon verschiedentlich beschäftigt. Nichts ist geschehen! Es geschieht nichts von der Saarregierung und nichts von der Reichsregierung. Es steht nichts im Wege,wenn die deutsche Regierung uns 50 Millionen Goldmark hierher schickt,um zu bauen. Ich zweifle nicht daran, daß die Regierungs-Kommission kein Hindernis bereiten würde. Statt dessen sehen wir Abbau der Löhne- mein Parteifreund Brettar wird darüber reden- Elend der Sozialrentner, Reaktion im Lande,Reaktion in der Verwaltung,Reaktion in der Justiz. Sehen Sie sich die letzte Geschworenenliste an, ein einziger Arbeiter ist darin, obwohl sich im Saargebiet 80 000 Arbeiter befinden. Die Arbeiterschaft ist das Objekt der Bourgeoisie.

Meine Herren, wir lassen uns nicht einbalsamieren mit den schönen Worten: „Treue um Treue". Das sind Phrasen. Die Arbeiterschaft im Saargebiet ist in Not. Und ich mache mich ausdrücklich,trotzdem es mir bestritten worden ist, zum Wortführer der Leute, deren Vertrauen ich habe.

Meine Herren!Denken Sie einmal an die Tage und an die Zeiten, in denen die Saararbeiterschaft so tüchtig für die Belange des Saargebietes eingetreten ist. Sie wird auch fernerhin für die Belange des Saargebietes eintreten ,nicht der deutschen Regierung zuliebe, sondern sich und der gesamten Bevölkerung zuliebe. Und deshalb kann man ruhig sagen, und ich darfvder Reichsregierung einmal von dieser Stelle aus von sehr ernsthafter Sorge begleitet, zurufen:

"Reichsregierung,wache auch einmal auf und tue etwas für die Arbeiterschaft!"

Und

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4

Und damit die Regierungs-Kommission nicht verlernt, wo ihr Pflichtenkreis sich befindet, dürfen wir ihr im Zusammenhang ruhig zurufen:

„Regierungskommission tue Deine Pflicht!"

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Reinhard!

Abg. Reinhard (KP): Meine Herren! Das Resultat von Genf, das die Vertreter der Genfer Politik hier vorgetragen haben, ist nach Ansicht der Kommunisten und nach Ansicht der Arbeiter des Saargebietes, auch der christlichen Arbeiter, der sozialdemokratischen Arbeiter, absolut garnichts. Die Arbeiterschaft ist deshalb längst von diesem Fimmel abgekommen, den noch einige Vertreter, oder, die sich wenigstens angeblich Vertreter des Saargebietes nennen, heute noch besitzen. Wenn der Vorredner der Sozialdemokratie schon Bedenken hatte in seinen Ausführungen über die Zusammensetzung des Völkerbundes, so gehen wir viel weiter, wir können dabei nicht stehen bleiben, daß man sagt, der Völkerbund ist bloß schlecht zusammengesetzt, die einzelnen Kommissionen sind schlecht und deshalb ist nichts für die Arbeiterklasse zu erwarten. Um da nur ein einzelnes Beispiel zu bringen: Die Regierung Frankreichs, die Regierung Poincarés ist nach Ansicht des sozialdemokratischen Redners ganz besonders schlecht, aber nicht die gesamte Regierung, sondern nur ein Teil derselben, während der Außenminister Frankreichs Briand, angeblich doch noch ein warmes Herz für die unterdrückte Arbeiterklasse habe. Wir können uns mit dieser Feststellung absolut nicht einverstanden erklären, denn ich möchte darauf hinweisen, daß in der französischen Kammer vor einigen Wochen ein Gesetz angenommen wurde, das die Militarisierung der gesamten Nation im Falle eines Krieges vorsieht und daß der Berichterstatter des Gesetzes, der französische Sozialist Boncour war. Ein Beweis, daß der französische Sozialist nicht das geringste Vertrauen in den Völkerbund setzt, daß der Völkerbund ein Instrument des Friedens sein könnte, was immer wieder gerade von den sozialistischen Rednern bisher betont wurde. Aber auch die Parteifreunde Briands, die sogenannten Radikal-Sozialisten, die Linksdemokraten, sehen in dem Völkerbund keine den Frieden fördernde Einrichtung. So hat bei einem Bankett des Verbandes der republikanischen Jugend in Nantes ein Redner der Linksdemokraten, der zu der Richtung Herriot gehört, folgendes gesagt: Die Mobilisierungs-und militärischen Gesetze werden dem Land das Höchstmaß seiner Verteidigungskraft geben. Seiner militärischen Macht bewußt, kann Frankreich die notwendige Initiative zugunsten des Friedens ergreifen. Es wäre Unsinn, zu glauben, daß der Völkerbund jemals einen Krieg unmöglich machen könnte, denn es gibt soviele Brandherde, die jeden Augenblick entflammt werden können. Also hier sieht sogar ein Demokrat, daß der Völkerbund vollständig ungeeignet ist, Kriege zu verhindern. Sie stützen sich deshalb auf die

<u>Methoden</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

Methoden, die wir auch aus Deutschland kennen,aus der Zeit der Monarchie. Wenn damals die Sozialdemokraten gegen die Wehrvorlage sich wandten,entgegenete man ihnen,daß blos ein starkes deutsches Reich imstande sei, den Frieden zu erhalten.Dasselbe sagen jetzt die Leute auf der anderen Seite. Der Völkerbund kann auch nicht die Interessen der unterdrückten Völker vertreten. Der Völkerbund kann nicht wirken im Interesse des Friedens. Die Broschüre,die von der Regierungskommission herausgegeben wurde mit dem schönen Titel: „Internationale Erziehung," und die davon spricht," die Lage eines Mandatsgebietes ist etwa zu vergleichen mit der Stellung eines unmündigen Kindes. Und dieses Mandatsgebiet werde solange vom Völkerbund verwaltet, bis dieses unmündige Kind gezeigt hat, daß es großjährig geworden ist."

Nun,meine Herren,wenn Sie jetzt alle wissen, daß der Völkerbund in seiner Zusammensetzung zu der Überzeugung gekommen ist,daß das unmündige Kind „Saargebiet" großjährig geworden ist und sich selbst verwalten kann,wenn Sie solange bis dahin warten wollen,dann wird man mit unseren Knochen Äpfel von den Bäumen werfen können. Ob der Völkerbund,der sich laut Diktat von Versailles" die Wahrung des Friedens" zur Aufgabe gestellt hat, etwas für die Arbeiterklasse des Saargebietes tut- und daran knüpfen die Sozialdemokraten ja an-,ist eine andere Sache. Die Sozialdemokraten behaupten; Die deutsche Regierung ist in den Konzern,der internationalen Mächte,in den Verein der Völker,aufgenommen worden und sie machen die Einwendung,ja, wenn die deutsche Regierung eine andere Zusammensetzung hätte,wenn man uns anstatt die Deutschnationalen hineingezogen hätte,dann wäre ~~te~~ etwas mehr herausgekommen. Aber weil Herr Stresemann es vorgezogen hat, sich auf das deutschnationale Nilpferd zu setzen,anstatt auf das sozialdemokratische Heupferd,ist es jetzt in Genf ~~si~~ so schlecht ausgegangen. Das ist der Tenor der Sozialdemokratischen Partei bezw.der Kritik zu dem Genfer Resultat der Saargebietsfragen. Ich glaube, so kann man nicht an die Dinge herangehen. Ich will damit sagen, daß die Politik der Sozialdemokratischen Partei ihrerseits die ist, daß sie sagt, wenn wir in der Regierung wären anstatt der Deutschnationalen,wäre ein größerer Erfolg zu verzeichnen gewesen.

(Zuruf des Abg. Dr.Sender: Dann müßte in Frankreich die Sache aber auch anders aussehen.)

Sie haben dies wörtlich betont und diese Politik gemacht. Daß dies nicht richtig ist, möchte ich beweisen und zwar insofern,daß die Deutschnationalen, die so ein großes Geschrei gegen den Völkerbund erhoben haben und die deshalb nicht hineingingen,weil ihnen von den Entente-Staaten nicht genug Konzessionen gemacht wurden. Die sind heute genau so gut bereit, in allen Stücken Erfüllungspolitik zu machen,

wie

LR Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

wie die Sozialdemokraten. Wenn ich mir als Kronzeuge die Saarbrücker-Zeitung nehme, so steht da in einem Blatt auf der ersten Seite: „Neuer französischer Sieg im Saargebiet " und auf der anderen Seite: „ Einigung in den Wirtschaftsverhandlungen unter gegenseitiger Meistbegünstigung!" Es steht drin, daß es gelungen ist, die Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Großindustrie auf der Grundlage der Meistbegünstigung zu Ende zu führen. Ferner ist Ihnen bekannt, daß die Deutschnationalen, seit sie in der Regierung sind, genau so gut, wie die Sozialdemokraten mit Stresemann, dem Vertrauensmann der Schwerindustrie durch Dick und Dünn zu gehen. Weiter ist die Frage die, war durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und durch die Locarno-Politik ein Erfolg für die deutsche Außenpolitik zu verzeichnen? Der einzige ist der: es ist Chamberlain, dem englischen Ministerpräsidenten, gelungen, einen Ring zu ziehen um die Sowjet-Union. Weil England die Sowjet-Union fürchtet, hat es sich dafür eingesetzt, daß Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden ist. Bisher wurde abgestritten, daß im Falle eines Krieges mit Rußland die Entente-Truppen durch Deutschland befördert werden könnten. Der deutsche Staatssekretär von Schubert hat gesagt, daß dies festgelegt wurde. Daraus ersehen wir, daß der Völkerbund kein Bund ist, der den Frieden vorbereitet, sondern ein Bund ist, der die Kriege fördert und gegen die Sowjet-Union die Völker organisiert.

(Zurufe: Sehr richtig !)

Die Leute, die diese Politik machen und die sich dadurch zum Stiefelputzer der englischen Politiker aufschwingen, haben im Kriege gebrüllt: „ Gott strafe England", heute gehen sie mit England gegen die Sowjet-Union. Und wenn der sozialdemokratische Sprecher gesprochen hat von Italien und von Mussolini, so sage ich, bestehen nicht enge Fäden mit Mussolini und ist nicht der Kampf gegen Mussolini in der Presse verstummt? War nicht Stresemann selbst in Mussolinien ? Das sind die einzigen Erfolge, die man in der deutschen Außenpolitik seit Locarno errungen hat. Dieses allgemein gesehen! Lokal gesehen, nur ein paar Worte, weil wir, wenn wir später über die Lohnfrage sprechen, darauf zurückkommen werden. Wir hatten bisjetzt französisches Militär. Nun bekommen wir französisches Militär in anderen Uniformen, um den Bahnschutz zu übernehmen. Die Regierungskommission und das Gebiet als solches bleiben nach wie vor unter denselben Bestimmungen wie bisher. Aber wirtschaftlich haben wir gewaltige Niederlagen zu verzeichnen.

Vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus gesehen, haben wir keinen Erfolg errungen, und

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4

vom Standpunkt der Unternehmer aus gesehen, vom Standpunkt der herrschenden Klasse haben diese Herrschaften Erfolge errungen zum Schaden der Arbeiterklasse. Das hat auch mein Kollege Herr Dr. Sender bestätigt und er hat betont, daß seit Locarno eine Einigung zwischen deutschen und französischen Unternehmern, die gegen die Arbeiterklasse gerichtet ist, besteht. Auf der einen Seite Zuwendungen in Gestalt von Betreuungsgeldern, Zollstundungen und Zuwendungen an die Hüttenwerke, und auf der anderen Seite geht die Arbeiterklasse leer aus und bekommt nichts. Leider ist die Arbeiterschaft in 3 Lager gespalten. Die Arbeiterschaft kann nur einig sein, wenn sie geschlossen auf dem Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes steht. Die Sozialdemokratische Partei macht es in der Frage Locarno und Genf so, indem sie Politik durchführt, die die Bourgeoisie will. Heute ist es nicht mehr wie 1923. Als damals Lohnkämpfe waren, hat man den Kampf geführt, weil ein Krieg zwischen der deutschen und der französischen Bourgeoisie bestand, nicht aber, weil man den Arbeitern helfen wollte. Jetzt ist Frieden zwischen den deutschen, französischen und belgischen Industriellen und jetzt sind die Führer die, die ein Verbrechen begangen haben, die Arbeiterschaft zu spalten und zu einem willenlosen Objekt der herrschenden Klasse zu machen. Das nur in wirtschaftlicher Beziehung, so wie die Dinge liegen.

Meine Herren! Wie haben Sie während der Tagung in Genf die Interessen der werktätigen Bevölkerung wahrgenommen? Sie sagen, wir haben die Arbeiterschaft vertreten durch Delegationen der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Parteien. Wie haben Sie für das werktätige Volk an der Saar in Genf gearbeitet? Wir lassen die Presse sprechen !

Die Sozialdemokratische Politik war nach Ansicht der bürgerlichen Parteien eine Sonderpolitik zum Schaden der Arbeiterklasse und zum Schaden der Bevölkerung des Saargebietes, weil sich die Sozialdemokraten laut einer Pressemeldung aus Genf auf den Standpunkt gestellt haben, daß das Militär im Saargebiet verbleiben solle und daß es nicht notwendig sei, für den Schutz der Verkehrswege eine besondere Truppe zu schaffen. Die Sozialdemokraten haben auch bei dem Belgier Vandervelde den Wunsch geäußert, daß das saarländische Mitglied der Regierungskommission abwechselnd aus verschiedenen Parteien des Saargebietes genommen werden solle. Wir Kommunisten sind nicht so naiv, daß wir uns einbilden, daß ein Wechsel in der Saarregierung jeweilig eine Änderung der Politik herbeiführen könnte.

Meine Herren! Ich glaube, das glauben Sie selbst nicht, auch nicht die Herren der Sozialdemokratischen Partei. Was den anderen Standpunkt anbelangt, so hat Herr Dr. Sender gesagt, wir sind früher schon in Genf dafür eingetreten, um die Sicherheit der Truppentransporte zu gewährleisten. Wir können nicht verstehen, wie die Sozialdemokratie zu einem derartigen Standpunkt gelangen kann, wenn sie die Interessen der Arbeiterklasse vertreten will. Wie können wir als Vertreter der Arbeiterklasse zum Völkerbund gehen, der

<u>doch</u>

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4

doch nur geschaffen wurde, um das Volk an der Saar auszuplündern und ihm jetzt einen Bahnschutz aufzuzwingen.

Wir Kommunisten stehen auf dem Standpunkt, daß die Gewerkschaften das ablehnen werden und ablehnen müssen, eine Sicherung von Truppentransporten zu übernehmen, von Truppen, die hier nichts zu tun haben. Wir vertreten den Standpunkt, daß die satzung von Rhein und Saar zu verschwinden hat, und weil wir diesen Standpunkt vertreten, können wir nicht nach Genf, wie es die Sozialdemokraten gesagt haben. Wir sehen in der Besatzung etwas, was mit aller Energie bekämpft werden muß und wenn man etwas bekämpfen will, kann man eben keinen Schutz angedeihen lassen und sich anbieten, von Seiten der Gewerkschaften den Schutz zu übernehmen. Dagen wird sich jeder klassenbewußte Arbeiter sicher wenden müssen.

(Zuruf: So ist das nicht gedacht!)

(Zuruf des Abg. Dr. Sender: Meinen Sie Eisenbahner?)

Ich habe das übernommen, was Abg. Dr. Sender wörtlich ausgeführt hat. Ich habe erklärt, daß wir mit dieser Politik nicht einverstanden sind.

(Zuruf: Was machen dann die kommunistischen Eisenbahner?)

Die Saarbrücker Zeitung vom 14.3. schreibt: „ Die Heimkehr der Sieger! " Und als Untertitel: „ Chamberlain außerordentlich befriedigt! " Hier sagt die Saarbrücker Zeitung in trockenen Worten, was wir schon immer gesagt haben, daß Chamberlain befriedigt sein kann. Er hat erreicht, den Eintritt Deutschlands in den Konzern der imperialistischen Staaten. Daran anknüpfend möchte ich sagen, die deutsche Regierung oder Hindenburg oder die Regierung unter Hindenburg und dem Reichskanzler Marx haben durch ihr Eintreten in Genf ebenfalls wieder die imperialistische Politik aufgenommen und gekuhhandelt, wie Abg. Dr. Sender richtig sagte, um die Haut der Arbeiterklassen. Ich glaube, daß als Kuhhandelsobjekt auch zweifellos einmal das Saargebiet in Frage kommen wird. Es steht also offiziell fest, daß die herrschenden Klassen, auch die herrschenden Klassen in Deutschland, den Sieg mit den englischen Imperialisten errungen haben. Für das Saargebiet- das habe ich ja schon gesagt- wird der Bahnschutz eingerichtet, wie er vorgesehen war. Den Erfolg und zwar den einzigen Erfolg hat Chamberlain errungen. Das hat natürlich die Zentrumspartei ganz gewaltig in Harnisch gebracht und sie ist- weil sie nicht anders konnte- dazu übergegangen und hat Stresemann gründlich den Kopf gewaschen. So schreibt die Landeszeitung: „ Stresemann, der in der Vormittagssitzung einen teilweisen recht guten Eindruck gemacht hatte, versagte in der Nachmittagssitzung vollkommen". Dann sagt der Zentrumsredner im Reichstag: „ Wir halten das Ergebnis von Genf für keineswegs befriedigend,

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4 I

19

befriedigend ,aber wir danken dem Außenminister... usw.".

Der Herr Abgeordnete Schmelzer hat in einer Versammlung der Liberalen Volkspartei gesagt,bestimmt sei jedenfalls erreicht worden,daß die Truppenfrage grundsätzlich erledigt sei. Er sagte weiter, wir haben hier die amüsante Tatsache,daß 800 Mann dazu verurteilt sind,absolut keine Tätigkeit auszuüben. Wir wollen sie dabei nicht stören,Wenn sie uns vom Halse bleiben,dann mögen sie treiben was sie wollen."

Also die 800 Mann Bahnschutz,die man einfach hierher setzt, können nach dem Standpunkt der Liberalen Volkspartei hier treiben,was sie wollen. Aber ein Erfolg ist dabei zu verzeichnen, sagt Herr Schmelzer,statt 3000 Soldaten befinden sich nur noch 800 Mann hier, die nicht, wie im besetzten Gebiet die Befehlsgewalt besitzen,sondern die der Befehlsgewalt der Regierungskommission unterstehen. Also sollen die 800 Mann Bahnschutztruppen der Befehlsgewalt derselben Regierung unterstellt werden, die nach Ihren eigenen Ausführungen- den Ausführungen der Deutsch-Saarländischen Volkspartei- nicht in ihrer Mehrheit Ihr Vertrauen besitzt. Was ist die Folge, wenn diese Truppen der Regierungskommission unterstellt werden?

Meine Herren,denken Sie logisch. Die Regierungskommission hat die Aufgabe,den Schutz der Saargruben zu übernehmen,die Ausbeutung der Gruben zu überwachen und sie wird deshalb von ihrer Befehlsgewalt genau so gut Gebrauch machen, wie die übrigen militärischen Befehlshaber des französischen Imperialismus.

Nun noch ein paar Worte zu den Freunden des Völkerbundes, die nach Ansicht der Sozialdemokraten ihr möglichstes geleistet haben, um für die Saarbevölkerung in Genf etwas zu erreichen,oder um allgemein den Völkerbund als Friedensinstrument zu bezeichnen. Da wird u.a. während der Tagung des Völkerbundes eine Meldung verbreitet,daß Léon Blum, der französische Sozialistenführer für die Rückgabe des Saargebietes an Deutschland sei und dann heißt es wörtlich:" Frankreich muß folglich das Saargebiet so früh wie möglich zurückgeben und sich mit Deutschland über eine freundschaftliche Regelung der Frage der Saarbergwerke verständigen."

Meine Herren, was heißt das? Freundschaftliche Regelung der Saarbergwerke ? Nach unserem Dafürhalten heißt das nichts anderes, als daß es langsam geschehen soll,was wir auch immer wieder betont haben, die deutschen und französischen Industriellen sollen sich in einem gemeinsamen internationalen Konzern die Ausbeutung der Saargruben erhalten. Das wird hier klar und deutlich gesagt. Wenn man sagt, das Saargebiet soll zurückgegeben werden,aber über die Frage der Saargruben sollen sich die beiden Staaten freundschaftlich unterhalten,so ist das eine besondere Frage,meine Herren Sozialdemokraten.Wir fürchten,daß das nichts anderes ist,als daß die Verhandlungen,die schon einmal geschwebt haben,und die

auf

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

auf der einen Seite von Herrn Röchling und auf der anderen Seite von Herrn de Wendel geleitet wurden, zum Ziele haben,die Saargruben zu verschachern. Der französische Imperialismus hat kein Interesse an der Bevölkerung des Saargebietes,sondern er hat ein Interesse an der Ausbeutung der Gruben durch die arbeitende Bevölkerung. Ohne Schwierigkeit und ohne Widerstand und im Einverständnis der deutschen Bevölkerung, soll es geschehen. Das ist, was nach unserer Meinung Léon Blum sagt.

Aber noch eine Frage. Die Sozialdemokratische Partei hat ein Danktelegramm an den belgischen Sozialistenführer Vandervelde abgesandt für sein mannhaftes Eintreten für die unterdrückte Saarbevölkerung. Ich darf daran erinnern, daß Vandervelde derjenige war, der während des Krieges die wüstesten Hetzreden gehalten hat und daß er derjenige war, der mit den Friedensvertrag von Versailles geschaffen,den seine Regierung unterschrieben hat, der also die jetzigen Verhältnisse im Saargebiet und im Rheinland mit seiner Ansicht gedeckt hat. Wir wissen nicht, wie man derartigen Leuten noch Danktelegrammme schicken kann.

Meine Herren, die Sozialdemokratischen Kollegen haben mir vorhin zugerufen, was wir Kommunisten zu den Dingen sagen werden. Wir haben die Frage klargestellt.

Erstens, die Saarregierung ist nicht die Regierung der werktätigen Bevölkerung des Saargebietes, sie ist ernannt worden von einem Bunde, der sich angeblich Bund der Völker nennt, der aber ein Bund von imperialistischen Regierungen darstellt, aus denselben,die sich zusammengefunden haben,um die Absatzmärkte der Erdoberfläche erneut zu verteilen.

Es kann uns gleich sein, welche Minister in der Saarregierung sitzen,ob das gute oder böse Menschen sind,oder ob man ihnen mehr Gehalt gibt,wie die Saarbrücker Zeitung schreibt. Dieses Blatt schreibt, man könne einen besseren Ministerpräsidenten finden, wenn man ihm mehr Gehalt gibt als dem jetzigen.Der wird auch nichts an den bestehenden politischen Verhältnissen ändern können. Man kann nur die Verhältnisse ändern,wenn man von Grund auf gegen diese Unterdrückung einer nationalen Minderheit kämpft. Wie kann man das tun ? Wir verweisen auf China ! In China kämpft ein unterdrücktes Volk um seine nationale Freiheit, wenn man auch sagt, daß es wieder die bösen Bolschewiki sind. Wie können wir nun den Freiheitskampf im Saargebiet führen? Sicherlich nicht mit den Parteien, die im Reich unsere Arbeitskollegen unterdrücken und in,s Gefängnis werfen oder mit einer Regierung,deren Außenminister Stresemann ist,und mit Parteien an der Saar, in deren Reihen die Führer der Schwerindustrie sitzen, die mit der französischen Schwerindustrie verbunden sind und den Arbeitern den Lohn rauben.Mit diesen Parteien kann man keinen Befreiungskampf führen,indem wir an den Völkerbund Bittgesuche richten. Von diesem Standpunkt aus,kann die Arbeiterklasse nur eins tun, sie muß sich auf dem Boden der Arbeiterklasse einigen und zusammenfinden und den schärfsten

<u>Klassenkampf</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4 I

Klassenkampf im Saargebiet organisieren, d.h. gegen die deutschen,französischen,luxemburgischen Industriellen,als politische Vertreter der Volksausbeuter. Ich kann erklären, daß der deutsche Staatssekretär von Schubert als Aktionär in der Dillinger Hütte sitzt. Ich kann daran erinnern,daß in anderen Hütten,so bei Stumm Neunkirchen, in der Mehrzahl deutsche Aktien vorhanden sind. Weil wir diesen Kampf führen müssen, müssen wir ihn allein führen und weil wir keinen Krieg mehr wollen,müssen wir uns international mit der übrigen Arbeiterklasse zusammenfinden. Wir stehen auf dem Boden von Karl Marx, daß ein Krieg nur dann verhindert werden kann,wenn der Imperialismus geschlagen ist. Solange ein Kampf um Absatzmärkte geführt wird, solange die Imperialisten ihre Leute bewaffnen und ausrüsten ohne den Völkerbund oder einen sonstigen Bund,solange ist die Arbeiterklasse von Kriegen bedroht und wir sind uns klar darüber,wenn die deutschen Imperialisten den Krieg gewonnen hätten,würden diese die französische Arbeiterklasse unterdrücken. Weil nun aber der französische Imperialismus im Kriege gewonnen hat,wird heute die Arbeiterklasse an der Saar von den französischen Imperialisten unterdrückt und ausgebeutet. Deshalb kämpfen wir um den Anschluß der Arbeiterklasse des Saargebietes an die des Reiches, um gemeinsam einen Befreiungskampf im Reiche zu führen und gemeinsam den Kampf zu führen gegen den imperialistischen Krieg. Ich erinnere daran, daß der Vertreter der Kommunisten auf dem internationalen Parteitag in Deutschland erklärte,die Sowjet-Union kämpft für den Frieden, aber sie ist auch gerüstet für den Krieg. Wir sind versichert, daß auch die deutsche Arbeiterklasse und die des Saargebietes sich organisieren und ihre Pflicht tun wird.

(Bravo - Rufe)

(Glocke des Vorsitzenden)

Vorsitzender: Der Herr Abgeordnete Reinhard hat den Völkerbund als internationale Räuber und die Regierungs-Kommission eine Vertretung von Ausbeutern genannt. Wegen dieser Beleidigungen rufe ich den Redner zur Ordnung.
Das Wort hat der Herr Abg. Schmelzer !

Abg.Schmelzer

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

Abg. Schmelzer (DSV): Meine Herren! Wir haben zu dem Genfer Ergebnis in der Öffentlichkeit bereits Stellung genommen und es erübrigt sich, heute nochmals darauf einzugehen. Ich möchte nur folgendes unterstreichen:

Wir verlangen,daß die Regierungskommission von dem Wunsch des Völkerbundsrates Gebrauch macht,die 800 Mann Bahnschutz-Truppen zu reduzieren oder daß zum Mindesten die Regierungskommission Gelegenheit gibt,uns zu überzeugen, ob die Zahl 800 nicht überschritten worden ist.

Wir verlangen und wünschen,daß sie Sorge trägt,daß der Umbau der Kasernen umgehend in Angriff genommen und Wohnraum geschaffen wird. Ich habe mich in der Öffentlichkeit bemüht,objektiv das Für und Wider der Angelegenheit von Genf abzuwägen und muß annehmen, daß mir das einigermaßen gelungen ist. Jedenfalls hat die hohe Kritik dieses hohen Hauses nichts wesentliches daran auszusetzen gehabt. Herr Reinhard hat zwar einiges aus dem Zusammenhang herausgerissen, was ich über das beim Völkerbundsrat Erreichte ausgeführt habe. Er vergaß dabei,daß ich auch gesagt habe,daß die Regierungskommission unter unserer Kontrolle steht,daß, wenn nicht alles so vor sich geht,wie in Genf beschlossen wurde, wir uns beschweren können, und ich glaube, es wird in kurzer Zeit nötig sein.

Es wurde dann von Herrn Dr.Sender erwähnt, ich hätte Herrn Briand schlecht beurteilt. Ich muß feststellen,daß ich mich auch da bemüht habe, objektiv zu sein. Ich habe ausgeführt,daß Briand mitunter menschlich schöne Töne findet und daß man versucht ist, diese Töne für echt zu halten. Nach seinen letzten Ausführungen in Genf bin ich etwas skeptisch geworden und ich habe mir die Frage vorgelegt,ob wirklich alles echt ist. Ob nicht der wortgewandte Pariser Advokat stärker ist,als der Mensch, den wir in ihm zu suchen geneigt waren. Briand hat z.B. sehr verlangt nach dem Schutz der Autorität der Saarregierung gegenüber den Vertretern der Saarbevölkerung. Das ist zum Mindesten ein Schönheitsfehler seiner Ausführungen gewesen, und wenn Herr Dr.Sender meint,Briand könne nicht wie er wolle dann bin ich der Meinung: Er hat mehr getan, als er gezwungen war.Er hätte sich das schenken können.

Ferner hat Herr Dr.Sender ironisch darauf hingewiesen,daß der Nobelpreis an Dr.Stresemann ausgezahlt worden sei. Der Nobelpreis wurde auch an Briand ausgezahlt,und wenn ich mir alles ansehe,was im besetzten Gebiet auch unter ihm geschieht, und wie bei uns gearbeitet wird, dann ist wohl die Frage erlaubt,wer den Nobelpreis mehr verdient hat, Stresemann oder Briand?

Wenn ich ironisch werden wollte, könnte ich auch darauf hinweisen,daß Boncour,ein Parteifreund des Herrn Dr.Sender,die Militarisierung des französischen Volkes,einschließlich der Frauen und

Kinder

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4 I

Kinder, betreibt. Das ist viel mehr anzufechten, als das,was Stresemann vorgeworfen wird.Und was hat Vandervelde Großes für uns in Genf getan? Er hat mit einigen leeren Worten bezüglich des Herrn Ministers Lambert gemeint, er könne sich denken, daß in einem Jahre oder in drei Monaten,vielleicht auch schon in einigen Wochen die Besetzung der Saarregierung geändert werden könnte. Das war alles! Und wie hat sich Herr Vandervelde in der Abstimmungsfrage der Gebiete Eupen und Malmedy gestellt? Jetzt erklärt er, die Abstimmung in Eupen und Malmedy ist vollzogen und die Gebiete sind und bleiben belgisch. Sie sehen,wie sich die ausländischen Sozialisten einstellen und vergleichen Sie dies mit der Einstellung der deutschen Sozialisten. Ich will nicht ironisch werden,aber auf eins möchte ich hinweisen:Herr Dr.Sender hat bekannt gemacht, daß eine Pressehetze eingetreten wäre gegen die Vertreter des Saargebietes und hat eine belgische Telegraphen-Agentur angezogen. Meine Herren! Wir haben keine Beziehungen zu dieser Telegraphen-Agentur und was sie hier gebracht hat,kann nur basieren auf Material,das ihr Vandervelde zugetragen hat. Sie müssen sich also an eine andere Adresse wenden, wenn Sie Beschwerden vorzubringen haben.

Der Herr Staatskommissar hat gemeint,wir sollten auf die Zusammensetzung der Regierungskommission nicht eingehen, da das Sache des Völkerbundes sei. Das ist richtig. Aber es wird erlaubt sein,darauf hinzuweisen,daß ein Mitglied der Regierungskommission,Lambert,ein derartig schlechtes Urteil in Genf erfahren hat, daß man der Meinung sein kann, man müsse schon eine eherne Stirn besitzen,um noch weiter an diesem Amte zu kleben. Ich glaube, sämtliche Parteien gehen mit mir einig, wenn ich an Herrn Minister Lambert die Aufforderung richte,endlich sein Amt aufzugeben,da er doch niemand zuliebe dieses Amt ausübt. Er soll doch die Konsequenz daraus ziehen, daß selbst Briand meint, daß lediglich die kurze Kündigungsfrist dasjenige sei, was ihn - Briand- abhielte, für seinen Abschied zu sein. Das ist auch nach der Preisgabe durch seinen Landsmann Vandervelde für einen Agenten Frankreichs- als etwas anderes kann er sich nicht mehr betrachten-wohl genügend, seine Stellung aufzugeben. Es ist nicht Sache des Völkerbundsrates,sondern Sache des Herrn Lambert selbst, hier Wandel zu schaffen.

Ich muß noch einmal auf eine Bemerkung des Herrn Dr. Sender zurückkommen. Wenn Herr Dr.Sender gesagt hätte, es geschieht in der Wohnungsfrage seitens der Reichsregierung nicht genug,dann ginge ich mit ihm einig. Wenn er aber sagt,es geschieht nichts,dann ist das falsch. Ich überlasse es der Beurteilung seiner Partei,die ja auch in kommunalen Kommissionen und Ausschüssen vertreten ist,ob es richtig ist, im Saargebiet an dieser Stelle in dieser Frage eine solche Kritik zu üben. Wenn er

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4 I

zum Schluß gesagt hat,er zweifle an der freudigen Mitarbeit der Arbeiterschaft bei der Abstimmung,so bin ich anderer Meinung.

(Zuruf des Abg.Dr.Sender: Das ist nicht gesagt worden!)

Es liegt vielleicht daran,daß ich selbst aus der Arbeiterschaft hervorgegangen bin und weiß,daß es Dinge gibt,die auch die Arbeiterschaft, auch die sozialdemokratische,zu schätzen weiß,Dinge,die sich nicht in Mark und Pfennig noch in Franken und Centimes umrechnen lassen.

(Zuruf des Abg.Dr.Sender: Sie verdrehen meine Worte!)

Ich habe das allergrößte Vertrauen zur Mitarbeit der Arbeiterschaft.

(Zuruf des Abg. Dr.Sender: Sie verdrehen meine Worte!)

Sie können mich dann berichtigen.

Meine Herren! Heute läuft die Frist der Kündigung des Steuerabkommens der Saarregierung und der französischen Regierung ab. Ich möchte den Herrn Staatskommissar bitten,uns Auskunft darüber zu erteilen,ob die Kündigung dieses Steuerabkommens stattgefunden hat.

(Zuruf des Staatskomm. Die Kündigung hat stattgefunden!)

Wir werden uns dann künftighin mit dem Steuerabkommen näher befassen können.

Es geht heute durch die Presse die Notiz über den Abbau saarländischer Kohle von Lothringer Schächten aus. Ich weiß nicht,ob der Herr Staatskommissar uns darüber etwas mitteilen kann. Wenn dies nicht der Fall ist,dann bitte ich ihn,daß er sich ermächtigen läßt, uns demnächst etwas zu berichten. Zu diesen Vorwürfen,die in den Zeitungen gegenüber der Regierungskommission erhoben werden,kann sie nicht schweigen. Sie kann sich nicht darauf beschränken, darauf hinzuweisen, daß Frankreich das Abbaurecht an den Saargruben hat. Ich habe dem Herrn Staatskommissar von der Anfrage keine Mitteilung gemacht und erwarte deshalb nicht, daß er jetzt schon dazu Stellung nehmen wird,ich erwarte seine Stellungnahme aber in der nächsten Sitzung.

Vorsitzender: Der Herr Abgeordnete Schmelzer hat während seinen Ausführungen die Richtigkeit der Erklärung des Herrn Staatskommissars anerkannt,wonach die Frage der Zusammensetzung der Regierungskommission eine Angelegenheit des Völkerbundes ist. Herr Schmelzer hat sich dann aber doch mit der Frage der Zusammensetzung der Regierungskommission befaßt und sich dabei insbesondere über die Person des Mitgliedes Herrn Lambert in einer Weise geäußert, die ich auf Grund der Geschäftsordnung als unzulässig und weil sie beleidigenden Charakter trägt,zurückweisen muß.

Das

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4 I

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kiefer!

Abg. Kiefer (Z): Meine Herren! Die im Saargebiet herrschenden Verhältnisse machen es notwendig, daß wir uns hier einmal damit beschäftigen, zumal sie ja ernster Natur sind. Der Herr Dr. Sender hat vorhin schon darauf verwiesen und im Zusammenhange damit auch auf Fragen hingewiesen, die vom Reiche gelöst werden müßten. Ich mache hier darauf aufmerksam, daß die Vertretungen der Saarbevölkerung, sowohl gewerkschaftlicher wie politischer Art, schon seit langem ständig ständig mit den Reichsstellen in Beziehung sind, um diese Fragen zu besprechen und einer guten Lösung entgegenzuführen, und daß an diesen Besprechungen ja auch ständig Vertreter der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei teilnahmen,

(Zuruf des Abg. Dr. Sender: Aber alles abgelehnt worden!)

sodaß wir im Bilde sein können, was wir gefordert haben und wie das Reich diese Fragen zu lösen gedenkt. Herr Dr. Sender hat es bedauert, daß die Arbeiterschaft nicht als geschlossene Einheit der bürgerlichen Gesellschaft gegenübertreten könne. Ich verweise hier darauf, daß es ursprünglich das Ziel der Arbeiterschaft gewesen ist, eine einheitliche wirtschaftliche Bewegung zu schaffen, um in den wirtschaftlichen und sozialen Dingen, einerlei, welcher politischer oder religiöser Überzeugung sie angehörten, auftreten zu können. Aber leider hat man parteipolitische Erwägungen über die Nützlichkeitsgründe für die Arbeiterschaft gestellt, und hat die Parteipolitik in die Arbeiterbewegung hineingetragen. So ist die Trennung entstanden. Und wie schädlich das ist, wenn parteipolitische Dinge in rein wirtschaftliche und soziale Fragen hineingetragen werden, sehen wir heute morgen hier. Es ist ja nicht einmal eine Einigung zwischen Teilen, die sich links nennen, möglich. Herr Reinhard hat für seine Partei es strikte abgelehnt, mit der Sozialdemokratie in ein Gehäuse sich zu begeben, da er eben parteipolitisch ganz anderer Meinung ist und andere Ziele erstrebt. So muß man es auch verstehen, daß weiteste deutsche Arbeiterschichten es ablehnen, sich in eine Arbeiterbewegung zu begeben, die parteipolitisch beeinflußt wird. Daher ist also die Spaltung der Arbeiterbewegung gekommen. Die Spaltung kann es aber nicht verhindern, daß in sachlichen, wirtschaftlichen Fragen, die uns hier im Saargebiet bewegen, wie ja der Beweis erbracht ist, die Gewerkschaften zusammenarbeiten können.

Die Fragen, die ich heute besprechen will, hätten eigentlich eher schon besprochen werden müssen, es hätte schon eher Stellung zu ihnen genommen werden müssen. Die Möglichkeit dazu war aber nicht geboten, weil die Regierungskommission es unterlassen hat, den Landesrat für das erste Viertel

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4 I

dieses Jahres,wie es ihre Pflicht gewesen wäre, eher einzuberufen. Besonders ernster Natur sind ja die wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse. Sie geben zu der allergrößten Besorgnis Anlaß. Der größte Teil der Arbeiterschaft des Saargebietes mußte vor kurzem schon einen Lohnabbau hinnehmen. Die Bergleute und die Arbeiter der Schwerindustrie bekamen schon ab 16.März den Lohn gekürzt. Weitere Kürzungen folgen. Die wirtschaftliche Lage dieser Menschen,die schon vor dem Lohnabbau keine rosige war,ist eine sehr gedrückte geworden. Ihnen nun alle möglichen Erleichterungen zu schaffen, ist Pflicht und Aufgabe aller Verantwortlichen. Worauf es ganz besonders ankommt,werde ich nachher noch ganz kurz darlegen.

Meine Herren! In der Vergangenheit folgte die Lohnbildung nie der Teuerungssteigerung. Die Spannung zwischen Lohn-und Teuerungsentwicklung wurde immer größer zu Ungunsten der Arbeiterschaft. Nachdem die Preise im Saargebiet sich etwas zu senken begannen,da durfte die Arbeiterschaft mit gutem Recht erwarten,daß die Teuerungslinie sich erst unter die Lohnlinie bewegen müsse,ehe der Lohn abgebaut würde,damit sie lohnpolitisch wieder etwas zu Luft gekommen wäre. Aber nein,das Mißverhältnis ,das sich hier herausbildete,bleibt weiter bestehen,wie der schon durchgeführte Lohnabbau im Bergbau,in der Schwerindustrie,der angekündigte Lohnabbau für die Staatsarbeiter und der Gehaltsabbau für die Angestellten und Beamten klar beweist. Wir sind nun der Meinung,daß bei gutem Willen die maßgebenden Instanzen einen Lohnabbau hätten vermeiden können, und sind weiter der Meinung,daß es nicht die besondere Pflicht der Regierungskommission ist,nun mit Eile der Bergwerksdirektion und der Industrie nachzuahmen. Gewiß, wir verkennen nicht die Schwierigkeiten,unter denen gerade die saarländische Wirtschaft leidet. Wer vor ihnen die Augen schließt,treibt Vogelstraußpolitik. Aber die Methode,die breite Volksschicht so ziemlich alles tragen zu lassen,kann man doch nicht billigen. In Zeiten des besonders schlechten Standes der französischen Währung hatte man keine große Eile,die Arbeiter,Angestellten-und Beamtenschaft,obschon die Teuerungsverhältnisse sich schnell nach oben entwickeln,entsprechend in ihren Bezügen aufzubessern,in der Zeit also,wo die Gewinne keine geringen gewesen sein werden. Leider ist es nun der Vertretung des Saarvolkes nicht möglich,so einzugreifen,wie das anderen Volksvertretungen möglich ist. Sie kann in das Geschäftsgebaren der Saargruben nicht hineinreden, wie das früher die preußische Volksvertretung bei den Saargruben konnte. Sie kann auch nicht die Gesetze machen, die notwendig sind zur notwendigen Schlichtung von Streitigkeiten,die sich aus den Lohn-und Arbeitsverhältnissen ergeben,wodurch es beispielsweise möglich gewesen wäre,den Spruch des Schlichtungsausschusses in der Gesamtindustrie für verbindlich zu erklären. Sie kann auch <u>nicht</u>

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4 I

nicht bestimmen,daß das Interesse der Bevölkerung des Saargebietes über das von Poincaré betonte Interesse des französischen Schatzamtes an den Saargruben,gestellt wird. Somit liegt doch,meine Herren, an dem Zustande,den der Versailler Vertrag gegen unseren Willen schuf,die Hauptschuld an den heutigen beklagenswerten Verhältnissen. Es liegt leider nun nicht in unserer Macht,von hier aus zu bestimmen,welche Preis-und Gewinnpolitik die Saargruben treiben sollen. Aber das müssen wir doch betonen, daß Frankreich durch die Übernahme der Gruben die Verpflichtung zugefallen ist,die wirtschaftliche Lage der Belegschaft der Saargruben und der übrigen Bevölkerung des Saargebietes nicht verkümmern zu lassen. Eine den gegebenen Verhältnissen gerecht werdende Kohlenpreisbildung,die einer weitsichtigen Absatzpolitik diente,wäre möglich,ohne den Bergleuten die Kosten in diesem Ausmaße aufzubürden. Wir freuen uns, daß es den Organisationen der Bergleute geglückt ist,den Lohnabbau in dem ursprünglich und schon durch Anschlag bekanntgegebenen Ausmaße ab 16. März erheblich zu mildern und so eine Lahmlegung des ganzen Wirtschaftslebens des Saargebietes zu verhüten. Wer weiß, wie sehr gerade die Bergleute,die so schwer und gefährlich arbeiten,im Dienste des Volkes unter der wirtschaftlichen Lage leiden,wird Verständnis haben für die tiefgehende Erregung,die der Lohnabbau auslöste. Daß sich die Bergleute trotzdem von der nüchternen Überlegung und nicht von den empörten Gefühlen leiten ließen und die Arbeit fortsetzten, muß ihnen jeder vernünftig Denkende hoch anrechnen.

Meine Herren! Das hier auszusprechen,betrachten wir als unsere Pflicht,weil wir dies verantwortungsbewußte Handeln,das den Bergleuten gewiß nicht leicht war,sie aber umsomehr ehrt,nur begrüßen können. Denn der ganzen Bevölkerung ist dadurch schwerste Schädigung erspart geblieben. Leider ist den Bergleuten weiterer Schaden erwachsen. Am 28.März mußten sie feiern,also zum Lohnabbau noch eine volle Schicht verlieren. Das trifft diese Menschen schwer. Es muß daher alles geschehen,damit weitere Feierschichten nicht mehr eingelegt werden. Diese Pflicht obliegt insbesondere der Handelsabteilung der Saargruben. Kenner der Verhältnisse wissen,daß durch die betriebene Konjunkturpolitik den Absatzschwierigkeiten der Saargruben der Weg bereitet worden ist.

Neben den Bergleuten sind schwer vom Lohnabbau betroffen die Arbeiter der Hütten-,Metall-,Keram-, und Glasindustrie und sonstiger Industriezweige.

Meine Herren! Wir bedauern sehr,daß in der Schwerindustrie nicht einmal der Spruch des Schlichtungsausschusses in Geltung trat. Die dabei zu Tage getretenen Umstände zeigen uns, daß manches faul im Staate Dänemark zu sein scheint. Die Bevölkerung des Saargebietes ist tatsächlich auf dem besten Wege,sich gehörig auseinanderzumanövrieren. Das dürfte daran

liegen

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4

liegen, daß zu wenig mit offenen Karten gespielt wird. Die Frage der Zollstundungen hat viel böses Blut erregt. Den Arbeitnehmern wurden immer wieder Schwierigkeiten vor Augen gestellt, die keine Besserung am Lohne für sie zuließen. Es scheint, daß bei allen diesen wichtigen Fragen, die das gesamte Volk angehen, nicht mit der notwendigen Offenheit verhandelt wurde. So sehen wir überall Misstrauen und Verbittrung in der Arbeiterschaft. Auch heftige Anklagen gegen die deutschen Unternehmer werden laut und die ganze Lohnabbaubewegung verseucht die Stimmung. Die Arbeiter sagen, wir führen geschlossen seit Jahren den Abwehrkampf gegen die politischen Absichten Frankreichs. Aber auf wirtschaftlichem Gebiete treten uns deutsche und ausländische Unternehmer geschlossen gegenüber und sind sich einig in der Verschlechterung unserer Lage.

Meine Herren! Aus dieser Atmosphäre müssen wir doch heraus: Die Bevölkerung des Saargebietes muß das sichere Gefühl bekommen, daß aber auch alles geschieht, ihre wirtschaftliche Existenz sicherzustellen. Unterschätzen wir nicht die politischen Folgen, die aus der jetzigen Atmosphäre sich entwickeln können. Soll die politische Zerrissenheit denn nun Tatsache werden, die der französischen Propaganda auch in der schlimmsten Zeit des Saargebietes nicht geglückt ist ? Jeder Leutsche, der hier an verantwortlicher Stelle steht, mag es im Wirtschaftsleben oder sonstwo sein, der etwas zu vermelden hat, trägt da eine ganz besondere Verantwortung.

Meine Herren! Die Sorge um die zukünftige Entwicklung gebietet es, hier die ernste Mahnung auszusprechen, daß man die Arbeitnehmerschaft in der Lohnfrage doch so berücksichtigen soll, daß eine gründliche Reinigung der Atmosphäre und die Herbeiführung eines besseren gegenseitigen Verhältnisses möglich ist. Die ganze Lage zeigt uns auch die dringende Notwendigkeit, daß die verantwortlichen Stellen in Berlin endlich den von uns schon so oft geforderten Saarausschuß bilden, damit derartige Unzuträglichkeiten, unter denen wir tatsächlich leiden, in der Zukunft vermieden bleiben.

Zum Bergbau und der Industrie gesellt sich auch die Regierungskommission. Sie hat beschlossen, die Löhne und Gehälter der ihr unterstellten Arbeiter, Angestellten und Beamten abzubauen. Sie macht sich auch mitschuldig an der Verarmung der Bevölkerung des Saargebietes.

Meine Herren, das bedeutet doch in Wahrheit: Der Lohn- und Gehaltsabbau. Bringt man die Teuerung und die Einkommen der breiten Volksmasse vom zweiten Halbjahr 1923 und von heute miteinander in Vergleich, dann findet man das zur Genüge bestätigt. Um mehrere Millionen Franken wird insgesamt durch den jetzigen Lohn-und Gehaltsabbau das Einkommen monatlich gekürzt. Nicht nur die direkt Betroffenen sind geschädigt, sondern auch Handel, Handwerk und Landwirtschaft, der gesamte Mittelstand.

Somit fühlen wir uns verpflichtet, die Regierungskommission zu ersuchen, daß sie wenigstens

<u>den</u>

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4 I

den Lohn- und Gehaltsabbau unterläßt, oder mindestens solange hinausschiebt, bis eine fühlbare Besserung der Teuerungsverhältnisse eingetreten ist.

Angesichts der wirtschaftlichen gedrückten Lage der breiten Bevölkerungsschichten des Saargebietes müssen wir mit allem Nachdruck alle nur möglichen Erleichterungen verlangen. Zuerst denken wir an's

Steuerwesen.

Schon oft forderten wir schriftlich und mündlich eine Gesamtreform des Steuerwesens und dessen sozialere Ausgestaltung. Bis heute blieb die Forderung unerfüllt. Besonders dringlich ist die baldige

Reform der Einkommensteuer, zumal der Lohn und Gehaltssteuer.

Worauf es ankommt, haben wir in den beiden letzten Plenarsitzungen klar ausgesprochen und ist es erneut in einer Eingabe ausgedrückt, die die christlichen Gewerkschaften am 18.3.ds.Js. der Regierungskommission zustellten. Heute hat der Herr Staatskommissar erklärt, daß dem Landesrat in diesen Tagen ein Entwurf zugehen soll. Wir hoffen, Herr Staatskommissar, daß dieser Entwurf die Forderungen verwirklicht, die hier im Hause und von den Gewerkschaften gestellt wurden. Wenn das verwirklicht wird, dann zeigt der Entwurf einen sozialen Einschlag.

Hierbei will ich noch einige besondere Wünsche der Regierungskommission vortragen. Sehr schwer haben die Leute zu kämpfen, besonders die Lohn-und Gehaltsempfänger, die den Mut aufbrachten, sich ein Haus zu bauen. Ziemlich hohe Zins-und Amortisations-Beträge müssen dieselben jährlich aufbringen, vielfach auf Kosten von Ernährung und Gesundheit. Hier muß die Regierungskommission Erleichterungen schaffen. Die Schuldenzinsen können ja laut laut Verordnung vom Einkommen in Abzug gebracht werden. Nun ist der Saar-Knappschafts-Verein Massendarlehnsgeber. Die Nachweisungen über geleistete Zinsen für rückliegende Jahre konnten erst in den letzten Monaten ausgefertigt werden. Die Finanzämter aber erkennen sie nunmehr für das Jahr 1926 an. Obschon die Steuer für rückliegende Jahre erhoben wird, werden die geleisteten Zinsbeträge für dieselben Jahre nicht angerechnet. Außerdem sucht man die Zinssumme durch Anrechnung einer vielfachen, ja nur fiktiven Mietsumme illusorisch zu machen. Hier muß die Regierungskommission eingreifen und eine Verfügung erlassen, wonach die Anrechnung geleisteter Zinssummen auch für rückliegende Jahre möglich ist und die Anrechnung des fiktiven Mietwertes unterbleibt. Weiter ist notwendig, daß durch eine Verfügung bestimmt wird, daß die knappschaftlichen Rentenbezüge auch für 1926 und die folgenden Jahre steuerfrei bleiben. Für die

Jahre

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4 I

Jahre 1923 bis 1925 war das verfügt worden, während man für 1926 die Pensionen besteuert. Die Pensionsbezieher dürfen ihre sowieso schon kargen Renten nicht noch gekürzt erhalten.

Notwendig ist auch die geforderte

Ermäßigung oder Beseitigung der Umsatzsteuer,

sowie eine Berücksichtigung der Forderung der Handwerker und sonstigen Betroffenen nach

Neuregelung der Gewerbesteuer.

Besonders dringlich ist aber eine

Revidierung der Veranlagungsgrundlage zur Grundsteuer.

Unsere Landwirtschaft, die sehr mit allerlei Schwierigkeiten zu kämpfen hat, muß entlastet werden. Die Grundsteuer ist entschieden zu hoch. Sie erschwert auch noch der Landwirtschaft den schweren Konkurrenzkampf, den sie mit der Landwirtschaft der benachbarten Gebiete führen muß, sodaß es Pflicht der Regierungskommission ist, alle möglichen Erleichterungen zu schaffen.

Zum wiederholten Male müssen wir fordern, daß

die täglichen Gelder der Regierungskommission

Handel und Gewerbe zugänglich gemacht werden. Es geht nicht länger an, daß einzelne bevorzugte Körperschaften und ausländische Bankinstitute die Nutznießer bleiben. Eine mäßige Zinsbildung für die Gelder muß den Anfang einer Gesundung der Zinsgebarung werden. Was heute an Bankzinsen verlangt wird, ist nicht mehr länger zu rechtfertigen. Die Höhe der Bankzinsen verschuldet eine Verteuerung der Lebenshaltung und somit eine Erschwerung der Wirtschaftslage der Bevölkerung,

(Zuruf: Sehr richtig !)

und tragen dazu bei, die Atmosphäre noch mehr zu vergiften.

(Zurufe: Sehr richtig !)

Man kann nicht bei jeder Gelegenheit allein Industrie und Bergbau als milchgebende Kuh hinstellen und andere verstecken sich dahinter und machen Geschäfte. So muß auf eine Zinsbildung hingewirkt werden, die auch Handel und Gewerbe leben läßt.

(Zurufe: Sehr gut !)

Meine Herren, mit gutem Beispiel müssen die Kreissparkassen vorangehen.

Die

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

Die Zinsen, die sie heute verlangen, sind entschieden zu hoch. Es muß auch hier eine Ermäßigung des Zinssatzes vorgenommen werden, um auf diese Weise die Kaufkraft der breiten Bevölkerung zu steigern. Hierbei müssen staatliche und kommunale Instanzen ein gutes Vorbild geben. Die Regierungskommission muß weiter durch eine gesunde

Anleihepolitik

Geld in's Gebiet schaffen und so eine steuerliche Entlastung bringen. Wir verweisen da auf eine Eingabe, die wir vor kurzem der Regierungskommission zugehen ließen. Die Ausgaben für Straßenbau usw. müssen auf viele Jahre verteilt werden. Dann kann eine steuerliche Entlastung erzielt werden und können auch neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden.

Weiter verweisen wir auf die Eingabe an die Regierung betr.

Sozialpolitische Gesetzgebung.

Dringend notwendig ist es, daß die Regierungskommission, da beispielsweise in der

Erwerbslosenversicherung

einen dem Reichsgesetz angepaßten Entwurf dem Landesrat vorlegt und versucht, bei gleicher Gesetzbildung eine Interessengemeinschaft mit dem Reich einzugehen, damit nicht die Belastung hier eine allzugroße wird. Die Zahl der Arbeitslosen wächst und darum muß alles geschehen, um ihre Existenz zu sichern. Der Frage der produktiven Erwerbslosenfürsorge muß mit erhöhtem Interesse begegnet werden. Insgesamt ist zum sozialpolitischen Problem zu sagen, daß die immer wieder hier gestellten Anträge einen Angleich an die Gesetzbildung im Reich verlangen. Nur so ist auch eine Besserung der Lage der Rentenempfänger zu erreichen. Da ist es uns völlig unverständlich, warum die Würzburger Verhandlungen, die im Oktober gepflogen wurden, im Saargebiet zu keinem praktischen Ergebnis geführt haben.

(Zurufe: Sehr gut !)

Das Reich ist bereit, bestimmte Lasten zu tragen,. Ich verweise noch auf die Hilfe, die das Reich den Leuten gewährt, die im Saargebiet arbeiten und außerhalb wohnen und die Zuschüsse, die den Knappschaftsrentnern gewährt werden. Wir glauben, das Reich wird es nicht ablehnen, wenn die Regierungskommission sich mit einem Anleihevertrag um Baugelder dahin wendet, die Mittel zu geben. Warum die Regelung der wichtigen Würzburger Verhandlungen hier so weit hinausgeschoben wird, dürfte wiederum daran liegen, daß die Widerstände von französischer

Seite

L A Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4 I

Seite kommen. Die Lage der Alt-Unfall-Rentner ist eine geradezu erbarmungswürdige und gerade ihnen brächten die Würzburger Abmachungen Hilfe. Die Regierung muß nun zusehen,daß das Würzburger Abkommen hier zur Tat wird. Wir müssen das jetzt mit aller Entschiedenheit verlangen. Meine Herren,um zum Schluß zu kommen.

Ich gab Ihnen so einen kleinen Ausschnitt der Lage der breiten Volksschichten. Die wirtschaftlichen und sozialen Zustände im Saargebiet sind wirklich ernster Natur,daß alles geschehen muß,eine weitere Verarmung des Saarvolkes zu vermeiden. Da man nun dem Saarvolk das Recht nahm, seine Verhältnisse selbst zu gestalten,müssen wir von der Regierung verlangen,alles Notwendige zur Besserung zu tun. Wir geben hier nur Mittel und Wege an zur Besserung der Lage,sie anzuwenden oder zu gehen,ist die Pflicht der Regierungskommission,

(Zurufe: Sehr richtig !)

die sich hier nicht immer für französische Interessen einsetzen darf,sondern sich endlich dazu hergeben muß,Treuhänder der Saarbevölkerung zu sein.

Und nicht nur die Regierungskommission hat da die Pflicht,auf die Lage des Volkes die notwendige Rücksicht zu nehmen,sondern auch,meine Herren, alle die Volkskreise,die in Industrie,Handel und Gewerbe etwas zu sagen haben. Die notwendige Rücksicht muß genommen werden, bei der Bemessung des Einkommens und bei Bildung der Preise. Wenn unser Volk dann das sichere Gefühl hat, daß alle Volkskreise nach ihrem Können zur Erleichterung der Lage beitragen,dann wird auch wiederum eine andere Atmosphäre wie in der letzten Zeit geschaffen, und kommen wir aus dem Zustande des gegenseitigen Mißtrauens,das uns nur schadet,wieder heraus!

(Bravorufe des Zentrums !)

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Dr.Heim.

Staatskommissar Dr.Heim: Meine Herren! Zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kiefer über die Würzburger Verhandlungen, bin ich von Herrn Minister Koßmann beauftragt,Ihnen mitzuteilen,daß er in der nächsten Woche im Sozialausschuß der Arbeitskammer durch den Direktor der Sozialversicherung über den Stand der Angelegenheit Bericht erstatten läßt. Eine Erörterung in der breiten Öffentlichkeit ist vor dem Abschluß der Verhandlungen nicht möglich.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Brettar!

Abg. Brettar (SP): Meine Herren! Seit wir uns zum letzten Male hier im Plenum versammelt hatten,haben sich im Wirtschaftsleben Vorgänge abgespielt,die wir nunmehr nicht unbesprochen lassen können. Der Landesrat,so entrechtet er an sich ist,hat es bisher als seine Hauptaufgabe betrachtet,das Sprachrohr der

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4

der Saarbevölkerung zu sein. Wir Sozialdemokraten betrachten es als eine unserer vornehmsten und Hauptaufgaben,neben den politischen Fragen des Sprachrohrs der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerung zu sein. Des öfteren haben wir uns hier im Plenum gemeinsam für die werktätige Bevölkerung eingesetzt,und all unseren Einfluß auf die Regierungskommission geltend gemacht,ihre Arbeiter,Angestellten und Beamten so zu besolden,damit sie wenigstens als gleichberechtigte Bürger leben können.Wenn nun seit einiger Zeit,seit der Besserung des Franken hier auf diesem Gebiet etwas mehr Ruhe eingetreten ist,so darf nicht etwa die Meinung Platz greifen,als ob nun die Lage dieser von mir Angeführten derart sei, daß sie vollständig wunschlos und sorgenlos in's Leben hineinschauen könnten. Das trifft nicht zu,nein,bei weitem nicht. Noch vor kurzer Zeit haben die Gewerkschaften der Staatsarbeiter und Beamten an die Regierungskommission Forderungen gerichtet auf Gehalts-und Lohnverbesserungen. Statt dessen nun droht der Arbeiterschaft und auch der Beamtenschaft ein Lohn-und Gehaltsabbau,der aber auch keineswegs gerechtfertigt ist,und deshalb auch eine ungeheuere Erbitterung innerhalb dieser Kreise der Arbeiter wie der Beamten Platz gegriffen hat. Den Vorweg haben natürlich die Privatindustrie und die Bergwerksverwaltung gemacht. Solange der französische Franken sich rapid verschlechterte und die Preise der Hauptlebensmittel und der täglichen Bedarfsartikel nur so in die Höhe schnellten,da haben die Organisationen um Lohn-und Gehaltsaufbesserungen geradezu feilschen,verschiedene von ihnen sogar sehr hartnäckig und energisch kämpfen müssen,um einige Centimes Aufbesserung zu erhalten.Nun aber,als der Franken sich etwas gefestigt hat und ein Teil der Lebensmittel etwas im Preise zurückgegangen ist,da ist man schnell bei der Hand,um eine Reduzierung des Einkommens der Belegschaft einfach aufzuzwingen. Hiergegen müssen wir mit aller Entschiedenheit front machen. Meine Herren! Wenn ich nun als Arbeiter und freier Gewerkschaftler vorhin behauptete, daß der Abbau der Gehälter und ganz besonders der Löhne nicht gerechtfertigt sei,so wird es nun meine Aufgabe sein müssen,Ihnen in aller Kürze an Hand einiger Zahlen und Beispiele den Nachweis hierfür zu erbringen. Zuerst in dieser Beziehung die Frage:

Waren denn die Löhne gegenüber der Lebenshaltung derart hoch,daß die Arbeiterschaft einen Lohnabbau ertragen kann? Nein ,und abermals nein! Hierfür nur kurz folgende Beispiele:

Bei der Schwerindustrie betrugen die Januarlöhne d.h. das Bruttoeinkommen,bei 2,56 % der Gesamtbelegschaft 50 bis 300 Franken. Damit sind natürlich jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen gemeint. Bei 6,52 % betrug das Einkommen 350 bis 600 Franken monatlich,bei 3,76 % 650 bis 900 Franken. Bei 48,22 % der Gesamtbelegschaft betrug in derselben Zeit das Einkommen monatlich 950 bis 1200 Franken. Bei 25,27 % das Einkommen 1250 bis 1500 Franken.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4 1

Meine Herren! Es wird Ihnen verständlich sein,daß bei den letzten natürlich die Löhne gemeint sind der besonderen Arbeitergruppen,wie in der Schwerindustrie die Walzenarbeiter usw. Unberücksichtigt dürfen wir dabei nicht lassen,daß ein solches Einkommen nur möglich war,durch Leistungen von ganz horrenden Überstunden,was wir natürlich hier von dieser Stelle aus als verwerflich bezeichnen müssen. Wenn wir nun bedenken,meine Herren, daß hiervon, besonders bei den höheren Lohngruppen ein Abzug an Steuern und sonstigen sozialen Kassenbeiträgen von mehr als 100 Franken in Frage kommt,so wird es Ihnen begreiflich sein,daß nur noch Einkommen übrig bleiben,die sicherlich nicht als zu hoch bezeichnet werden können. Dies sind nun die höchsten Löhne in der Arbeiterschaft. Viel niedriger sind die Löhne bei der Bergverwaltung und bei den Staatsbediensteten. Das Durchschnittseinkommen bei der Eisenbahn z.B. liegt um 900 Franken monatlich. Dabei muß ich aber ganz besonders erwähnen,daß ein sehr großer Teil der unteren Lohngruppen kaum über 600 Franken monatlich,sogar viele von ihnen weniger monatliches Einkommen haben. Diese wenigen Zahlen,meine Herren,um ganz besonders auf die Bergverwaltung zu sprechen zu kommen,dürften ihnen doch den Beweis liefern,daß unter keinen Umständen wir als Volksvertreter hier zugeben und gutheißen können,daß die Privatindustrie und die Bergverwaltung, und letzten Endes auch die Regierungskommission zu einem Lohnabbau schreiten. Gerade die Bergarbeiter,die unter solch schweren wirtschaftlichen Nöten leiden,die ihren schweren Beruf ausüben,wo gerade in den letzten Tagen noch an mehreren Stellen ungeheuere Grubenkatastrophen eingetreten sind,das müßte erneut dem Arbeitgeber doch einleuchten,daß er in jeder Beziehung den Arbeiter so entlohnt,wie er wirklich durch seiner Kräfte Fleiß ihm sein Opfer bringt. Ich sage Ihnen nochmals,diese wenigen Zahlen dürften Ihnen beweisen, daß, wenn ein Lohnabbau hier Platz greift und durchgeführt werden wird, der Arbeiter auf den Ruin gebracht und zur Verzweiflung getrieben wird. Wir verkennen durchaus nicht, daß die wirtschaftliche Lage auch für die Industrie und den Arbeitgeber nicht gerade als zu rosig bezeichnet werden könnte.Aber,was wir scharf zurückweisen müssen,meine Herren, das ist, daß der Arbeitgeber alle Lasten restlos auf seine Arbeitnehmer abwälzt und nichts,aber auch garnichts, an seinem Gewinn einbüßen will.

Etwas mehr Herz für eure Produktionsmaschinen! Denn, als solche behandelt der Unternehmer seine Arbeiter. Wenn auch ein Teil der Arbeiterschaft-und das ist der geringere-in Anbetracht der Gesamtlage von einem scharfen Kampfe vorläufig Abstand genommen hat, so darf man in Unternehmerkreisen nicht etwa annehmen,daß damit das letzte Wort gesprochen sei. Das Licht steht unter dem Scheffel. Ich warne vor einer Überspannung. Nun glaubt auch unsere Regierungskommission mit in den Reigen treten zu müssen,dieselbe Regierung,von der ich im November vergangenen Jahres

von

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

von hier aus verlangt habe, daß sie all ihren Einfluß dahin geltend machen solle, eine Preisreduzierung Platz greifen zu lassen, und die sich nicht daran gehalten hat. Sie diktiert nun ihren Beamten und Angestellten nach dem Vorbild ihrer Schrittmacher einen Gehaltsabbau von 8,7 % und den Arbeitern sogar einen solchen von 9 %. Eine solche Maßnahme einer Regierung, die das Wohl der Bevölkerung im Auge haben soll, ist geradezu unerhört. Nicht nur, daß sie nichts gegen einen Lohnabbau in der Privatindustrie, der bereits durchgeführt ist, etwa unternommen oder von ihrem sonst so guten Einvernehmen mit der Bergverwaltung Gebrauch gemacht hätte, geht sie selbst dazu über, ihre Belegschaft der Not preiszugeben.

Die Gütertarifermäßigung, die bei der Eisenbahn Platz gegriffen hat, die Zollstundungen usw., die nur ein Geschenk an den Unternehmer darstellen-oder können wir vielleicht behaupten, daß wir schon etwa von einer fühlbaren Preissenkung verspürt haben, desgl. die fortschreitende Rationalisierung in den Staats-und Privatbetrieben, alles das geschieht nur auf Kosten der Arbeiterschaft, genau wie jeder Privatunternehmer, versucht die Regierungskommission alle Lasten auf die Schultern der wirtschaftlich Schwächsten abzuwälzen. Sie scheint sich also sehr gut des Sprichwortes zu erinnern: „Je ärmer, desto treuer." Man täusche sich jedoch nicht. Wir verlangen von der Regierungskommission, daß sie mit dem Abbau der Löhne und der Gehälter zurückhält, und daß sie alles versucht, daß im Bergbau und in der Privatindustrie erträgliche Verhältnisse geschaffen werden. Denn diese Maßnahmen können nicht im Interesse des gesamten Wirtschaftslebens liegen. Mit Arbeiterentlassungen und Lohnabbau läßt sich nur das Gegenteil erreichen.

Nun, meine Herren, noch kurz zur sozialpolitischen Lage. Ende Oktober 1926 haben unserem steten Drängen entsprechend die Vertreter der Reichs-und Saarregierung, sowie Vertreter der einzelnen Versicherungsanstalten sich in Würzburg zusammengefunden und dort Abmachungen getroffen, die bereits in Berlin und auch für die Knappschaftsverwaltung in Paris anerkannt sind. Nur die Saarregierung scheint noch reichlich Zeit zu haben und die Not der Rentenempfänger nicht zu kennen. Überall sind die Versicherungsanstalten bemüht, ihren Arbeitsveteranen das zu geben, was sie einigermaßen zum Leben brauchen. Aber alles stockt und wartet auf die Anerkennung und Durchführung der Würzburger Abmachungen durch die Saarregierung. Tausende Invaliden und Hinterbliebene können währenddessen Hunger leiden. Unsere sogenannten Altrentner müssen von der Reichsregierung mehr als bisher berücksichtigt werden. Die letzthin bewilligten Zuschüsse sind auf Grund der Zugrundelegung des Umrechnungskurses von 6 Franken = einer Rentenmark zu minimal, sodaß die fast garnicht in's Gewicht fallen. Viele erhalten

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4

sogar weniger als bisher. Das trifft besonders auf die Witwen unserer Versicherungsnehmer zu, die nach den neuen Stufensätzen des Reiches nur noch die Hälfte statt wie bisher hier im Saargebiet 2/3 der Rente des Versicherten selbst,erhält. Bei den Neurentnern liegt es folgendermaßen:

Im Reiche beträgt die Rente in der Abteilung A und B zusammengenommen in der höchsten Stufe nach 40 jähriger Dienstzeit 65 bis 80 % des Gesamteinkommens. Dies trifft im Saargebiet hier nur auf die Beamtenschaft zu. Ein Arbeiter-Invalide erhält unter denselben Verhältnissen im Saargebiet ca. 32 % des Gesamteinkommens. Sie sehen an diesem einen Beispiel schon,wie notwendig und begründet unsere Forderung ist. In der Unfallversicherung sieht es noch schlimmer aus. Auch dort tut eine wesentliche Aufbesserung dringend not.

Auch muß die

Erwerbslosen-Unterstützung

mit der des Reiches Schritt halten. Wenn wir auch im Saargebiet heute etwa 4 000 Arbeitslose haben, so sind doch einzelne Bezirke und Gemeinden sehr stark hieran beteiligt und davon betroffen und, was das schlimmste ist,4 000 Familien leiden Hunger. Um über den derzeitigen Stand der Würzburger Abmachungen Klarheit zu bekommen,hat mich unsere Fraktion beauftragt, folgenden Antrag Ihnen zur Annahme zu unterbreiten,denn wir können uns mit dem Versprechen des Herrn Ministers Koßmann,das uns durch *den* Regierungskommissar mitgeteilt wird, unmöglich zufrieden geben. Es müßte dem saarländischen Mitglied der Regierungskommission eine besondere Freude sein, unserem Antrage nachzukommen.

A n t r a g

der sozialdemokratischen Fraktion des Landesrates.

"Der Landesrat wolle beschließen:

Das Mitglied der Regierungskommission, Herr Koßmann, als Leiter der sozialpolitischen Abteilung, wird ersucht,dem Plenum des Landesrates in einem mündlichen Vortrag Aufklärung zu geben über den Stand der Ende Oktober 1926 in Würzburg mit der Reichsregierung getroffenen Abmachungen."

Um nun zum Schluß zu kommen. Sie werden aus meinen Ausführungen die Überzeugung gewonnen haben,daß die wirtschaftliche und sozialpolitische Lage sehr ernst ist. Ich habe nicht übertrieben, denn ich bin selbst dazu verurteilt,unter diesen Verhältnissen arbeiten und leben zu müssen und habe deshalb mehr aus dem Herzen als mit dem Munde gesprochen.

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4

Die sozialdemokratische Fraktion des Landesrates protestiert mit aller Schärfe gegen den bereits durchgeführten und noch geplanten Lohn-und Gehalts-Abbau und fordert bei dieser Gelegenheit von der Regierungskommission des Saargebietes die recht baldige Einführung des Tarifrechts und Schlichtungswesen nach deutschem Muster, sowie die schleunigste Durchführung der Würzburger Abmachungen; desgleichen eine recht baldige Steuerreform zugunsten der wirtschaftlich Schwachen, insbesondere die Steuerfreiheit der Rentenbezüge aus der Knappschafts-und Rentenzuschußkasse."

Der Regierung aber rufe ich zu:

„Tue Deine Pflicht, denn Du wirst für alles, was zum Schaden der Saarbevölkerung geschieht und nicht geschieht, dem Saarvolk und dem Völkerbund verantwortlich sein müssen!"

(Bravo - Rufe !)

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg. Reinhard (KP): Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Kiefer hat seinen Ausführungen die Frage der Einheit der Arbeiterklasse zur Erringung besserer Lohn-und Arbeitsbedingungen vorausgesetzt. Die Spaltung der Arbeiterschaft sei deswegen gekommen, weil sich die Arbeiter politisch organisiert haben. Die jetzige Lohnfrage beweist nur zu klar, daß die Arbeiterklasse in ihrer Wirtschaftslage eine politische Organisierung haben muß, wenn sie in der Lage sein will, einheitlich und geschlossen den Lohnkampf, den Kampf für bessere Lohn-und Arbeitsbedingungen, führen zu können. Der Herr Kiefer bestätigt das selbst, denn er sagt: „ Es kann nicht so weiter gehen, daß gewisse Kreise im Saargebiet nur für ihre Interessen arbeiten." Die Lohnfrage des Saargebietes und die Einheit der Arbeiterklasse ist deshalb hier ein treffendes Beispiel, auf welche Grundlagen die Arbeiterklasse sich einigen muß, wenn sie nicht vollständig untergehen will. Die Arbeiterklasse hat die historische Aufgabe, die Macht über kurz oder lang zu übernehmen und die herrschende Klasse von jetzt wird weichen müssen. Schauen Sie sich die Lohnfrage näher an; sie ist die Frage des Kampfes der Kapitalisten gegeneinander, um Absatzmärkte und dadurch als logische Schlußfolgerung, Kampf in der Unterbietung der Ware. Der englische Bergarbeiterstreik ist dafür der beste Beweis. Wenn der Bergarbeiterstreik mit einem Sieg für die Arbeiterschaft geendet hätte, brauchten wir heute nicht zu reden über Lohn-Abbau. Die Absatzmärkte waren vor dem Kriege z.T. noch nicht erschlossen und wurden durch die imperialistischen Staaten erobert. Im Kampf um diese Absatzmärkte erstand der Krieg, und der einzelne kapitalistische Staat hat gesagt, der Ausgang des Krieges wird eine Besserung für die Arbeiterklasse bringen. Das Gegenteil ist der

<u>Fall</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4 I

38

Fall. Überall, trotz Rationalisierung, trotz Verlängerung der Arbeitszeit, Millionenziffern von Arbeitslosen. Das ist das große Problem der Lohnfrage überhaupt, und die Arbeiterklasse kann nur von dieser Grundlage ausgehen und die Lohnfrage regeln. Die Kapitalisten der einzelnen Länder versuchen neuerdings mit Vertrustung und Kartellen die Gegensätze zu überbrücken und den Konkurrenzkampf auszuschalten. Aber was sehen wir? Wir haben den Eisentrust zwischen der deutschen-, französischen-, Luxemburgischen- und belgischen Industrie. Er dient nur dazu, um noch riesigere Profite aus der Arbeiterklasse herauszuschinden. Es trifft nicht zu, daß sich die Industrie in schwierigen Verhältnissen befindet. Einzelne angeschlossene Industriestaaten haben ihre Kontingente überschritten und ungeheuere Strafen bezahlt, die darauf ruhten. Ferner haben die internationalen Truste gezeigt, daß sie nicht dazu dienen, die Wirtschaft zu regeln, sondern daß sie dazu da sind, die Preise zu regeln, um die Preise auf einer schamlosen Höhe zu halten und einen Konkurrenzkampf zu unterbinden. Die Entwicklung des Kapitalismus kann die Wirtschaftslage nicht endgültig regeln. Sie können sich nur weiter ausdehnen, nur weiter ausbauen aufgrund der Verelendung der Arbeiterklassen. Wir haben den Arbeitern gesagt, wenn der englische Bergarbeiterstreik verloren geht und die englischen Bergarbeiter anstatt 7 Stunden - 8 Stunden arbeiten müssen, wird das eine bedeutende Arbeitssteigerung sein. Die Kapitalisten sind international, wenn es um ihre Interessen geht. Und hier waren die Interessen der Arbeiterklassen auf dem Papier. Da haben die national eingestellten Gewerkschaftsführer in Deutschland gesagt: „Wir wären verrückt, wenn wir jetzt auch streikten. Jetzt wollen wir gemeinsam mit dem Kapitalismus Überstunden machen und den englischen Kapitalisten die Absatzmärkte nehmen. Wir haben gesagt, das Gegenteil wird der Fall sein. Die Engländer werden noch billiger arbeiten und den Konkurrenzkampf aufnehmen. Werden jetzt nicht schon englische Kohlen im Saargebiet angeboten? Dieser ewige Wettkampf der Kapitalisten untereinander geht nur auf Kosten der Arbeiterklasse und deshalb kann nur der Kampf der Arbeiterklasse zum Siege führen. Aber, meine Herren sozialdemokratischen Kollegen, man kann nicht eine Einigung der Arbeiterklasse schaffen auf der Grundlage des Klassenkampfes, wenn es Gewerkschaftsführer gibt, die gegen die Arbeiterschaft sind. Man kann nicht auf der einen Seite die nationalen Interessen der Kapitalisten unterstützen und auf der anderen Seite Arbeitervereinigung. Dieser ewige Wettkampf der Kapitalisten untereinander wird gleichzeitig von den kapitalistischen Regierungen mit denselben Methoden ausgefochten. Es kommen hinzu Zollmethoden, die Bewaffnung der Nationen, sodaß gleichzeitig dieser Kampf der Kampf um die Rationalisierung, um Abbau der Löhne die Organisierung des neuen Krieges bedeutet. Wenn Sie als sozialdemokratische Gewerkschaftspolitiker das nicht sehen, so ist das

umsomehr

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4 I

umsomehr bedauerlich. Im Rahmen dieses Zusammenhanges steht die Lohnfrage an der Saar, steht die Lohnfrage und Arbeitszeit an der Ruhr. Der Herr Abgeordnete Brettar hat einen Antrag eingebracht, der sich in seinem ersten Teile gegen einen Abbau der Löhne wendet; damit sind wir einverstanden. In seinem letzten Teil sagt er: es muß der Schlichtungszwang eingeführt werden. Meine Herren, mit diesem Antrag werden Sie die Unterstützung der Partei des Herrn Abgeordneten Schmelzer finden. Wir bekämpfen diesen Antrag. Die Einführung des Schlichtungswesens bedeutet praktisch der Raub des Koalitionsrechtes der Arbeiterklasse. Die Vorkämpfer der freien Arbeiterbewegung haben nicht umsonst gekämpft für die Erhaltung des Koalitionsrechtes und hier wird verlangt, dieses Koalitionsrecht zu beseitigen.

Den Beweis, daß die Lohnfrage im Saargebiet genau so politisch ist, wie in anderen Gebieten, kann ich in einigen kurzen Zügen bringen. Im Jahre 1923, als die französischen und deutschen Imperialisten im erbitterten Konkurrenzkampf gegeneinander standen, als Poincaré, der Beauftragte der französischen Imperialisten, seine Soldaten nach der Ruhr sandte um die deutschen Arbeiter zu zwingen unter Bajonetten, Kohlen zu graben, hat man auch im Saargebiet einen Lohnkampf geführt. Damals haben die Gewerkschaftsführer eine Lohnerhöhung abgelehnt; 8 Monate wurde gestreikt, und diesen Streik hat die deutsche Regierung finanziert, nicht weil sie den Arbeitern helfen wollte, sondern weil sie den Streik ausnützte im Kampf gegen den französ. Imperialismus. Aber im Jahre 1924 sperrte Herm. Röchling seine Arbeiter aus, verlangte 12 Stunden Arbeit und Ermäßigung der Löhne. Da kommt die Regierungskommission mit der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 100 %, weil sie die Interessen des französischen Kapitalismus in diesem Moment gegen die Interessen des deutschen Kapitalisten Röchling wahrnehmen mußte.

Und nun die logische Konsequenz von Locarno, von dem Bündnis der deutschen und französischen Imperialisten, von dem Bündnis der deutschen und französischen Eisenkönige? Jetzt wird der Lohn abgebaut im Saargebiet, und ich betone noch einmal, abgebaut trotz Riesengewinne der Bergverwaltung und trotz schamloser Gewinne der Industrie im vergangenen Jahre. Sie mögen einmal ihre Akten öffnen und nachweisen, wo sie Verluste gehabt haben. Wenn auf der einen Seite feststeht, daß über 300 Millionen Goldmark Zollstundungen gegeben wurden, auch an die französischen Unternehmer, die gemeinsam mit den deutschen die Arbeiter an der Saar ausbeuten, und wenn auf der anderen Seite die Bergwerksverwaltung während des englischen Streikes die Kohlen zu fabelhaften Preisen abgesetzt hat in Italien, in Frankreich und überall, sodaß diese ungeheure Profite macht, jetzt, in

<u>diesem</u>

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4 I

diesem Moment kommt man mit Lohnabbau. Da sagt Herr Kiefer als Gewerkschaftsführer: "Die Bevölkerung muß den Bergarbeitern dankbar sein, daß sie nicht in den Streik getreten sind, und man muß den Erfolg begrüßen, daß es den Gewerkschaftsführern gelungen ist, einen weniger hohen Lohnabbau herbeizuführen." Warum sagt das Herr Kiefer heute? Wenn heute Poincaré an der Saar stände, dann hätten die Gewerkschaftsführer den Lohnabbau nicht hingenommen, dann hätten sie gekämpft und auch die christlichen Gewerkschaftsführer. Es geht ihnen nicht darum, um den Lohn der Arbeiter zu kämpfen, sondern jetzt sind die deutschen und französischen Imperialisten einig an der Saar. Nichts haben die Arbeiter zu verlieren, mit den jetzigen elenden Löhnen, mit ihrem Hungerdasein; in Höhlen müssen sie wohnen, mit ihren Familien verkümmern sie. Ist das ein Erfolg, wenn man einen Lohnabbau nicht unterbindet? Die Arbeiter haben nichts zu verlieren. Die Arbeiter haben nur die Hyänen zu verlieren, die die Arbeiter ausbeuten, die ein Parasitenleben führen, die sich auf den Knochen der Arbeiter ausruhen. Wir hätten sehen sollen, wenn die Bergarbeiter, die Eisenbahner und die Metallarbeiter geschlossen in den Kampf getreten wären, ob nicht die Regierungskommission, ob nicht die Unternehmer aus einem anderen Loche gepfiffen hätten. Aber die politischen Gewalthaber des Saargebietes, sowohl die Regierung wie die geeinten deutschen und französischen Unternehmer, sie kennen ihre Leute, die sich in den Besitz der Gewerkschaften gesetzt haben, sie wissen, daß sie jetzt nicht streiken werden und streiken dürfen, weil Locarno besteht, weil das Bündnis besteht. Und wenn ein Gewerkschaftsführer gesagt hat: wenn wir jetzt streiken würden auf den Gruben, würden wir unseren Streik verlieren, weil sich dieser Streik gegen die Regierung Poincarés richtet, so ließ man damit die Katze aus dem Sack. Man darf nicht streiken, weil die Lage anders ist wie 1923. Wir als Kommunisten haben die Aufgabe, der Arbeiterklasse zu sagen, daß die Lage für die Arbeiter genau so ist wie 1923. Heute haben wir hier im Saargebiet die geeinten deutschen und französischen Unternehmer, den Arbeitgeberverband auf der einen Seite, auf der anderen Seite die Regierung, die gemeinsam zusammenstehen, die nicht den Lohnabbau verhindern, sondern die gemeinsam für den Lohnabbau waren. Die Regierung hat auch nichts getan, um den Lohnabbau zu verhindern. Wenn auch Herr Brettar glaubt, sie darauf hinweisen zu müssen, daß sie das tun soll, kann sie es nicnt, weil sie ja die Vertreterin des Kapitalismus ist. Sie kann nicht gegen die Interessen derjenigen kämpfen, die sie in das Saargebiet hineingesetzt haben. Und von diesem Gesichtspunkte aus wird die Arbeiterklasse ihr Urteil fällen. Sie hat schon zum großen Teil ihr Urteil gefällt; sie sieht heute, was man will, und sie ist satt von schönen Phrasen um

die

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

die deutschen Belange. Wenn man auf der einen Seite sieht, wie die deutsche Reichsregierung, die Hindenburg- und die Marxregierung, im Saargebiet Riesenprofite, Riesenzuschüsse, Millioen, hineinschießt, und auf der anderen Seite läßt man die armen Sozialrentenempfänger verhungern! - - Was ist das Würzburger Abkommen?, meine Herren! Heraus mit der Sprache! Wir haben noch nichts gesehen davon. In der Dunkelkammer wird verhandelt über die Rechte der Sozialrentenempfänger, die sie erworben haben durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft in Gestalt von Zahlung eines Teiles ihrer Löhne in die Kassen im Laufe der Jahrzehnte. Und über dieses Privileg, über dieses Recht der Arbeiter, verhandelt man hinter verschlossenen Türen. Die Arbeiterschaft als solche erfährt nichts davon. Als wir hier die Forderung erhoben haben, Aufwertung der Gelder, die die Arbeiter bezahlt haben, da hat man gesagt: das geht nicht, man muß das Würzburger Abkommen abwarten, man muß auf dem bewährten Wege arbeiten. Das sagte man vor einem halben Jahre. Das wurde von denselben Gewerkschaftsführern gesagt, die heute zugeben, daß noch nichts erreicht worden ist. Die Reichsregierung hat hier keine Eile, wenn es sich um die armen Arbeiter handelt. Aber den Röchling-Werken hat sie z.B. 41 Millionen Zuschuß gegeben, dem Werk Neunkirchen, das wieder in der Mehrheit in deutschen Händen ist, 25 Millionen; sie hat die Zollstundungen gegeben, sie hat die Betreuungsgelder gegeben, aber für die Sozialrentenempfänger hat man nichts übrig. Und so ist das Sprichwort zu verstehen, daß der ärmste Sohn der getreueste ist. Die Herrschaften meinen, wenn sie die Arbeiter verhungern lassen, dann würden sie sich gegen den Erbfeind, gegen den Franzosen wenden und würden wieder die Knarre in die Hand nehmen und ihre Kumpels, ihre Kollegen, die gleich ihnen in der Erde schuften, im Saargebiet wie in Lothringen, über den Haufen schießen, weil es die Kapitalisten wollen. Die Zeiten sind vorbei, meine Herren! Die Dinge werden nicht mehr kommen. Jawohl, die Arbeiterschaft wird in den Krieg ziehen, wenn er kommt; sie wird auch die Waffen nehmen; aber sie wird wissen, gegen wen sie die Waffen zu richten hat! Wenn die Saarbrücker-Zeitung die Schuld am Lohnabbau den Franzosen in die Schuhe schieben will, so ist das eine Phrase, die nur Leute ernst nehmen können, die das Gehirn verkleistert haben. Aber die Arbeiter in den Betrieben lachen über diese Mätzchen; die wissen, wer ihnen den Lohn abgebaut hat. Waren es nicht die Industriellen an der Saar, die gemeinsam mit ihren Freunden in Paris in der französischen Kammer Sturm gelaufen haben und verlangten, die Kohlenpreise müßten abgebaut werden, was auf deutsch heißt, die Löhne müssen abgebaut werden. Der Kapitalist baut keinen Preis ab unter Verzicht auf seine Gewinne, sondern er baut stets Preise ab auf Kosten der Arbeiterklasse. Aber die Saarbr.-Zeitung schreibt

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

schreibt auch: "Meistbegünstigung, Einigung in deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen" und dann sollen die Franzosen allein Schuld sein am Lohnabbau? Die Arbeiterklasse des Saargebietes hat erkannt, daß die deutschen und französischen Unternehmer einig geworden sind. Deshalb wird auch die Einigung der Arbeiterklasse herbeigeführt werden, nicht nur an der Saar, sondern überall. Die Gewerkschaftsführer, die heute noch glauben, die Agenten der Bourgeoisie spielen zu können, werden über kurz oder lang beseitigt werden. Sie werden dorthin schwimmen, wohin sie gehören.

Die Arbeiterklasse im Saargebiet wird auch nicht diesen Lohnabbau hinnehmen. Die Arbeiterklasse hat nichts zu verlieren, wie ihre Ketten. Sie wird über kurz oder lang zum Kampf aufstehen und wird gegen diesen Lohnabbau sich wehren. Sie wird auch aufstehen trotz Landjäger,

(Beifall bei den Kommunisten)

trotz Bahnschutz, trotz Regierung und trotz Einigung der deutschen und französischen Kapitalisten. Die Kameraden an der Ruhr werden morgen den Anfang machen, und die Arbeiter an der Saar werden sich anschließen, die Arbeiter in Lothringen und Frankreich werden mit uns marschieren, nicht gegeneinander. Nicht Nationalstolz werden die Arbeiter mehr pflegen, sondern Klassenstolz und Klassenhaß gegen diejenigen in allen Ländern, die sie an die Wand drücken und ausbeuten und zu Sklaven herabdrücken. Die Arbeiter werden sich gegen diejenigen wehren, die den Lohn abgebaut haben!

(Beifall bei den Kommunisten!)

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. von Vopelius!

Dr. von Vopelius (DSV): Es war erfreulich zu hören, mit welcher Mäßigung die Redner der Zentrumspartei und der Sozialdemokratischen Partei das Problem des Lohnabbaues betrachtet haben. Das gilt mir als Beweis dafür, daß Sie den Behauptungen, daß die Lage tatsächlich einen Abbau erfordert hat, geglaubt haben und daß sie es eingesehen haben, daß die wirtschaftliche Lage der Industrie im Saargebiet niemals so schlecht gewesen ist, wie zur Zeit. Es wird mir schwer sein, Ihnen die Überzeugung nach dieser Richtung hin vollständig beizubringen. Ich versuche es auch garnicht. Aber es ist doch notwendig, auf die Ursachen der ganzen letzten Bewegung hinzuweisen, um auch nach außen hin eine Rechtfertigung des Geschehenen zu bringen. Sie wissen, daß die Kohlenpreise an der Saar derartig überzogen waren, daß es unmöglich war,

weiter

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4

weiter zu arbeiten. Sie waren gemessen an der Ruhrkohle, die uns ein Weltmaßstab bildet, 30 bis 50 % höher. Wenn Sie bedenken, daß die Großindustrie hier gerade in Kohlen ungeheuere Mengen nötig hat, so erkennen Sie, daß das Absatzgebiet in der Saarproduktion desto kleiner wurde, daß ihr Radius desto kleiner wurde, je grösser der Unterschied zwischen den Kohlenpreisen an der Saar und Westfalen war. Denn unsere Konkurrenz in Westfalen war in der Lage, viel billiger zu arbeiten, wie das uns möglich war, und infolgedessen wurde unser Absatzgebiet stark eingeschränkt durch die Ruhrindustrie. Wir haben Sturm gelaufen gegen die Kohlenpreise. Wir haben uns mit der Regierungskommission zunächst in Verbindung gesetzt, haben da unsere Klagen vorgebracht. Wir können nicht behaupten, daß wir viel Verständnis bei der Regierungskommission gefunden haben, wenigstens konnten wir das nicht feststellen. Wir sind infolgedessen gezwungen gewesen, uns mit der Bergwerksverwaltung in Verbindung zu setzen. Und nach langen Bemühungen und schweren Kämpfen haben wir es erreicht, daß unter gewissen Bedingungen der Kohlenpreis herabgesetzt wurde, aber in einem Ausmaße, der durchaus nicht dem Notwendigen entsprach. Da es aber notwendig war, die Selbstkosten weiter herabzudrücken, mußte der schwere Schritt getan werden, den Lohn abzubauen. Sie müssen sich immer vor Augen führen, daß gerade wir an der Saar an der Peripherie Deutschlands liegen und daß wir in den letzten Jahren einen nennenswerten Absatz außerhalb des deutschen Reiches überhaupt nicht gehabt haben. Wir sind in einer derartig ungünstigen Lage, da wir außerordentliche Vorbelastungen in den Frachten haben, und zudem kommt noch, daß unser Bezirk hier auf Grund der langwierigen Kämpfe der letzten Jahre, hauptsächlich durch die Währungspolitik, garnicht in der Lage waren, Neuerungen zu machen. Das war besonders bei der Großeisenindustrie der Fall. Anders liegen die Dinge an der Ruhr und in dem benachbarten Lothringen. Dort hat die Modernisierung der Werke ständig Fortschritte gemacht. Die modernen Lothringer Werke, die noch vor dem Kriege von den Deutschen gebaut worden waren, die aber nunmehr von den Franzosen betrieben werden konnten, haben gegen die Saarindustrie einen ganz besonderen Vorsprung, weil die neuzeitlichen Anlagen mit weniger Menschen, die dazu noch einen niedrigeren Lohn haben, als hier, viel billiger arbeiten können. So ist die Lage, wie Sie selbst wissen und ich traue dem wirtschaftlichen Verständnis jeder Partei zu, daß sie erkannt hat, daß die Lage hier immer schwieriger geworden und daß schließlich ein Zustand hier eingetreten ist, der unhaltbar ist.

Wenn gesagt wird, es sei nötig, daß die Existenz der Arbeiterklasse aufrechterhalten wird, so unterschreiben wir das vollkommen. Und ich möchte betonen, daß gerade mit aus der Idee der Notwendigkeit, die Existenz der Arbeiterklasse zu erhalten,

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

erhalten, der Schritt zum Lohnabbau getan wurde. Wäre er nicht getan worden, so wäre Arbeitslosigkeit im weitesten Umfange hier eingetreten, und ich glaube, daß auch alle Parteien es viel sympathischer finden, daß wenigstens der größte Teil der Arbeiterschaft arbeiten kann, wenn auch die Bedingungen nicht so günstig sind, wie sie es sich wünschen, als daß große Werke zum Erliegen kommen. Daß wir dabei nichts verdienen werden, das können Sie mir glauben. An sich ist ja die Verminderung der Selbstkosten bei diesem Ausmaß nicht sehr groß, aber die Möglichkeit der wirtschaftlichen Existenz wird dadurch immerhin gefördert.

Ob dieser Lohnabbau bei der Bergverwaltung notwendig war, das möchte ich nicht entscheiden, möchte es aber auch nicht behaupten. Ich glaube meinerseits, daß die Bergverwaltung in der Ausübung ihrer wirtschaftlichen und kommerziellen Tätigkeit zu unverständig gewesen ist, sich nicht durch langfristige Verträge zu sichern, und daß sie jetzt plötzlich gesehen hat, daß Fehler gemacht worden sind und daß sie nun glaubt, mit diesem kleinen Lohnabbau etwas nennenswertes für die Zukunft zu erreichen.

Ich möchte sehr bezweifeln, daß der Lohn- und Gehalts-Abbau für Beamte und Arbeiter in den Staatsbetrieben notwendig ist; aber wir wollen hoffen, daß er dazu beitragen wird, die allgemein wirtschaftliche Lage zu bessern. Wenn der Lohnabbau tatsächlich in dem Ausmaß dazu kommt, wie er vorgesehen ist, dann wäre es beispielsweise der Eisenbahnverwaltung möglich, ihre Tarife zu senken, eine Maßnahme, die von sehr großer Bedeutung für das ganze Wirtschaftsleben im Saargebiet sein wird. Sollte dazu noch ein Steuerabbau kommen, so glaube ich, meine Herren, daß die Wunde, die durch den Lohnabbau geschlagen worden ist, bis zu einem gewissen Grade geheilt wird. Denn wenn wir die Lohnsteuer abbauen, die Gewerbesteuer abbauen, wenn vor allen Dingen die Umsatzsteuer abgebaut wird, so können Preisermäßigungen eintreten, die sehr wertvoll und sehr wichtig für das ganze Leben sind.

Meine Herren! Ich möchte in diesem Zusammenhang noch auf einzelne Sachen kurz zurückkommen. Ich möchte das Märchen, das immer von den Zollstundungen hier erzählt wird, etwas beleuchten. Meine Herren, Sie verlangen von der Saarindustrie, von der deutschen Saarindustrie, daß sie rückwirkend diese Zölle trägt, oder wenn sie sie erlassen bekommt, anderen zuführt, während wir tatsächlich durch die Zollstundungen keinen anderen Zustand erreicht haben, als den, daß wir eine aus der politischen Lage des Saargebietes entstandene Last erlassen bekommen haben. Diese Ausgabe hat die deutsche Industrie nicht zu tragen gehabt. Sie machen der hiesigen Industrie einen Vorwurf daraus.

(Zuruf

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4 1

(Zuruf Dr.Sender: "Nein, wir beanstanden nur, daß die Arbeiterschaft niemals etwas erhält!")

Herr Dr.Sender, das liegt in der Natur der Sache. Wir hatten sie nötig, um die Wirtschaft aufrecht zu erhalten und sie sind dadurch der Arbeiterschaft indirekt zugute gekommen. Wenn die Zollstundungen nicht durchgeführt worden wären, dann wäre die Saarindustrie restlos kaputt gegangen. Ich darf Sie versichern, daß heute auch nicht ein roter Pfennig von den ganzen Zollstundungen der Industrie vorhanden ist; vielleicht, daß ganz kleine Verbesserungen in den Betrieben gemacht werden konnten. Wir können Ihnen den schlüssigen Beweis liefern, daß die Saarindustrie eine ungeheuere Schuldenlast zu tragen hat. Wenn Sie sich die Mühe machen wollten, bei einzelnen Unternehmern nachzufragen, welche Schulden sie haben, Sie würden sehr erstaunt sein. Ich bin gerne bereit, meine Schuldenlast offen darzulegen. Wenn heute noch die Saarunternehmer ständig und ständig unter den allergrößten Mühen sich um Kredit bemühen und dauernd immer nur negative Erfolge haben, so können Sie sich denken, daß die Stundungen der Zölle durchaus nötig waren und nie ein Geschenk bedeutet haben, das irgendwie in Betracht kommen könnte.

Nun, meine Herren, hatten Sie im Einzelnen zu der Sozialpolitik Stellung genommen. Ich glaube, ich kann es mir ersparen, darauf näher einzugehen. Die Herren Vorredner haben daselbst in hinreichendem Maße getan. Meine Partei hat sich immer auf denselben Standpunkt wie die anderen Parteien gestellt. Wir schließen urs dem Wunsche an, daß sobald wie möglich über das Würzburger Abkommen das Nötige bekanntgegeben wird, damit endlich eine Beruhigung auf diesem Gebiet eintritt.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Albert!

Abg. Albert (DWP): Ich habe den gemachten Ausführungen nichts hinzuzufügen und schließe mich den Ausführungen des Zentrums und der Deutsch-Saarl.Volkspartei an. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß die Landwirtschaft durch die Konkurrenz in Lothringen gezwungen ist, unsere Produkte billig zu verkaufen. Dieser Zustand kann auf die Dauer nicht ausgehalten werden. Die Steuerbelastung ist unerträglich. Die Notlage ist undenkbar, und ich bitte die Regierungskommission, daß sie sich dem Notstand der Bauernschaft annimmt.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Kratz!

Abg. Kratz (Z.): Meine Herren, ich muß Ihre Aufmerksamkeit kurze Zeit in Anspruch nehmen.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4 I

Was zunächst das Würzburger Abkommen anbetrifft, ist uns unverständlich, daß 4 Monate nach Abschluß der Richtlinien in Würzburg, der Bericht der Sozialabteilung der Regierungskommission erst jetzt aus der Regierungskommission herauskommt, wo das Reich schon im Dezember 1926 die Richtlinien ratifiziert hat. Das Abkommen verspricht unter Mithilfe des Reichs eine wesentliche Aufbesserung der Leistungen.

Ich habe dann auf einen Notstand hinzuweisen und zwar auf das Gegenseitigkeitsverhältnis mit Elsaß-Lothringen. Sie wissen ja alle, wie die wirtschaftliche Verbundenheit mit Elsaß-Lothringen war. Ein Gegenseitigkeitsabkommen konnte nicht zustande kommen. Der Saar-Knappschafts-Verein ist für sich vorgegangen und hat mit Lothringen ein Abkommen abgeschlossen. Dagegen fehlt für die Invalidenversicherung jedes Abkommen.

Ich hätte dann noch einen Punkt und zwar, eine Bitte an die Regierungskommission zu richten, sich der sozialen Fürsorge gegenüber ihrer Beamten, besonders der mittleren und unteren Beamten, nach dem Vorbild des Reiches anzunehmen. Wir wissen, daß im Reich ein Gesetz oder eine Verordnung über eine sogenannte Notstandsbeihilfe besteht. Die Regierungskommission möge ferner doch ein Gesetz für eine Krankenfürsorge nach Muster des bayrischen Staates für die Beamten einführen.

Nun noch ein Punkt über die Pensionsverhältnisse der Hüttenwerke des Saargebietes. Ich mußte bei verschiedenen Verhandlungen feststellen, daß die Hüttenknappschaftsvereine des Saargebietes die größten Bremser des sozialen Fortschrittes sind. Die Verhältnisse unserer Hütten-Knapp= schafts-Pensionäre bedürfen einer Abänderung und dies kann nur noch durch Maßnahmen der Regierungskommission erfolgen.

(Zuruf des Abg.Reinhard: "Das sind die Deutschen Unternehmer!")

Wir haben 4 Hütten-Knappschaftsvereine im Saargebiet, Dillingen, Brebach, Burbach und Neunkirchen.

(Zuruf des Abg.Reinhard: "In Dillingen ist Schubert!")

Ich bitte den Herrn Staatskommissar, die Regierungs-Kommission darauf aufmerksam zu machen, daß auch inbezug der Hüttenknappschafts-Pensionsverhältnisse gesetzgeberische Maßnahmen getroffen werden müssen, auch gegen den Widerstand der Arbeitgeber.

Nun zu einer sehr wichtigen und dringenden Sache, die das ganze Saargebiet berührt. Die

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4 I

Saarbrücker-Zeitung hat in ihrer heutigen Nummer einen Artikel, der die Verhältnisse schildert, die im Warndt vor sich gehen. Die Saarbrücker-Landeszeitung hat bereits im Juli 1926 darauf hingewiesen.

(Zuruf des Abg.Reinhard:"Diese Frage habe ich schon vor 2 Jahren angeschnitten, aber da habt Ihr mich abgewürgt!")

Wir müssen dagegen Stellung nehmen, daß Kohlen unterirdisch aus dem Saargebiet abgebaut werden, ohne daß die deutschen Gesetze maßgebend sind, wie das das Versailler Diktat vorsieht. Im Jahre 1924 hat die Regierungskommission des Saargebietes und das Oberbergamt, das nach Ansicht Vieler als eine rein französische Einrichtung gilt, einen Vertrag sanktioniert, der die Kohlenausbeute an der Südgrenze im Warndt gestattet. An sich läßt der Versailler Vertrag der französischen Regierung das Recht der Ausbeutung der Saarkohlen zu, sie kann die Gruben verpachten,usw. Der Vertrag gibt ihr aber kein Recht, unter der Landesgrenze hindurch Kohlen zu rauben. Es ist ein altes internationales Recht, das auch im Luftverkehrsrecht Geltung hat, daß die Landesgrenze vertikal sowohl in der Luft als auch unter der Erde verläuft. Man sieht also in dem Abkommen die Verletzung eines alten internationalen Rechtes. Man sieht aber noch mehr. - - Wie kommt die Regierungskommission dazu, einen derartig ungesetzlichen Zustand durch Vertrag vom 18.Mai 1924 zu sanktionieren, wo feststand, daß schon 1922 und 1923 die Saar-Moselgesellschaft unter der Grenze Kohlen stiehlt? Jetzt beträgt die tägliche Fördermenge aus dem Saargebiet schon 1200 Tonnen. Wie kommt die Regierungskommission dazu, gegen die hier geltende Gewerbeordnung, gegen das hier geltende preuß.Berggesetz, die Aufsicht über die Gesundheit und Sicherheitspolizeilichen Maßnahmen der französ.Bergpolizei zu überantworten. Das ist eine Verletzung ihrer Treuhänderpflicht. Sie hat dem französischen Oberbergamt in Straßburg die Oberaufsicht über die im Saargebiet befindlichen Gruben eingeräumt, gegen das deutsche Recht und ohne Anhörung der Vertreter der Bevölkerung. Den entsprechenden Vertrag kennt die Saarbevölkerung nicht. Der saarländ.Bergpolizei ist nur gestattet, unter Oberaufsicht der französischen Bergpolizeibeamten die Grube Karlsbrunn zu besichtigen und nur, wenn große Unfälle vorgekommen sind, d.h. die vorbeugende Aufsicht, die Beobachtung der Zustände, ist ihr genommen und darin liegt eine krasse Rechtsverletzung. Sie werden erst gerufen, wenn größere Unfälle vorgekommen sind und dann nur unter Oberaufsicht. Das dürfte der Regierungskommission nicht unbekannt sein, daß dies gegen alle internationalen Rechtsempfindungen verstößt, weil die Gesellschaft im Saargebiet Bergbau betreibt, ohne eine Schachtanlage zu haben und der

Saarbevölkerung

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4 1

Saarbevölkerung die Steuer entzieht. Wir verkennen nicht die großen Schwierigkeiten, die die französische Bergverwaltung in Bezug auf Absatz und Konkurrenzmöglichkeiten hat. Hier hat sie durch Verpachtung der wertvollsten Kohlenvorkommen ihre Konkurrenzfähigkeit selbst gehemmt und der Saarwirtschaft und Bevölkerung enormen Schaden zugefügt. Sie hätte selbst den Abbau durch Anlagen vom Saargebiet aus betreiben müssen.

Es ist höchste Zeit, daß der Völkerbund sich dieser Sache annimmt, damit nicht noch grösserer Schaden entsteht.

Vorsitzender: Der Herr Abgeordnete Kratz sprach von Diebstahl von 1200 Tonnen Kohlen und von groben Verletzungen der Treuhänderpflicht der Regierung. Ich muß diese Äußerungen, weil sie beleidigenden Charakter haben, zurückweisen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoffmann!

Abg. Hoffmann (S.P.): Zu der Frage des Würzburger Abkommens. Man muß ganz besonders darauf hinweisen, daß die Abmachungen, die Ende Oktober in Würzburg festgelegt worden sind (zugezogen waren die Versicherungsträger und keine Vertreter der Gewerkschaften & Arbeiter), von der Reichsregierung anerkannt worden sind. Die Saarregierung hat sie bis heute noch nicht anerkannt. Ist die Sache die, daß gerade dieses Gebiet dem Herrn Koßmann unterstellt ist, dann wäre es notwendig, daß Herr Koßmann einmal dem Landesrat die Hemmungen mitteilt und Bericht erstattet über dasjenige, was sich alles ereignet hat. Ich bitte Sie deshalb also, mit uns der Auffassung zu sein, daß das saarl. Mitglied der Regierungs-Kommission im Landesrat Bericht erstattet. Herr Dr. Thissen wird vor der Arbeitskammer einen diesbezüglichen Vortrag halten, erklärte der Herr Staatskommissar. Der Vortrag ist bereits gehalten und hat so deprimierend gewirkt, daß es unbedingt nötig ist, daß der Landesrat alle Möglichkeiten erschöpft, damit die Sache vorwärts getrieben wird. Denn es kann nicht angehen, daß es Herbst und vielleicht 1928 wird, bis dieser Vertrag zur Durchführung gelangt. Man hat im Monat Juli v.Jrs. gesagt, daß spätestens im Jahre 1926 die ganze soziale Gesetzgebung des Saargebietes reformiert sein werde. Bis heute sehen wir noch nichts davon. Darum müßte unbedingt jetzt vom Landesrat ein Vorstoß unternommen werden, damit die Sache vorwärts getrieben wird. Ich muß dann noch darauf hinweisen, daß ein Abkommen zwischen der Saarregierung und der französischen Regierung besteht -Herr Kratz irrt sich in dieser Hinsicht-. Das Abkommen ist abgeschlossen worden ohne Anhörung des Landesrates und zwar am 21. Mai 1926,

über

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4

über Unfall-, Invaliden-, Angestellten- und Knappschafts-Versicherung. Natürlich hat dieses Abkommen keinen Zweck, es ist für die Versicherten bedeutungslos. Es hat nur den einen Zweck, daß es den Wünschen der französischen Arbeitnehmer im Saarbergbau Rechnung trägt, daß sie ihre Versicherung in Frankreich weiterführen können. Dagegen müssen wir protestieren, daß man Abkommen abschließt, ohne die maßgebenden Instanzen zu befragen. Daß das Abkommen nur im französischen Interesse abgeschlossen wurde, ist an den Ausführungsbestimmungen, welche am 18.Sept.1926 erlassen wurden, zu ersehen. Am 18.Sept.1926 hatte Herr Thissen schon die Abteilung Sozialversicherung zugeteilt bekommen. Ob ihm die Ausführungsbestimmungen vorgelegen haben, weiß ich nicht. Jedenfalls ist aus den Ausführungsbestimmungen zu ersehen, daß man nur die französ.Arbeitnehmer im Auge hatte. Man verlängert nur die Frist für die Meldung der französ.Arbeitnehmer. Der im Amtsblatt Nr.31 veröffentlichte deutsche Wortlaut gilt nur als eine Übersetzung des französ.Textes; obwohl wir nach dem Versailler Vertrag die deutsche Sprache behalten, sind Abmachungen, die getroffen werden und im Amtsblatt der Saar-Regierung veröffentlicht werden, in der deutschenSprache nicht maßgebend, sondern nur die französische Sprache ist maßgebend. Das kann keinesfalls angehen, und ich glaube, daß auch dagegen protestiert werden muß. Besonders muß der Landesrat die Auffassung vertreten, daß solche Abmachungen vorher gründlich beraten werden, damit auch die Rechte der Versicherten gewahrt werden. In diesem Abkommen sind sie keinesfalls gewahrt. Denn es kommt vor, daß Leute in Lothringen 2 - 3 Jahre Beiträge zur Versicherung bezahlen, gehen dann in's Saargebiet und versäumen in Lothringen,ihre Jahre weiter zu versichern; dieselben gehen ihnen dann verlustig. Wenn man Abkommen abschließt, dann muß die Sache so gemacht werden, daß diese Jahre später nicht von der Gewährung der Renten ausgeschlossen werden.

Zum Fall, der heute in der Saarbrücker-Zeitung steht, glaube ich darauf hinweisen zu können, daß wir uns im Landesrat schon mit dieser Frage befassten. Ich kann darauf hinweisen, daß in einem Amtsblatt von 1924 eine Bergpolizeiverordnung von der Saarregierung erlassen worden ist über die Grube Karlsbrunn. Wenn nicht mehr herausgeholt worden ist, so ist das nicht unsere Schuld. Es ist natürlich ein Unfug, daß man die saarländischen Kohlen herausnimmt und transportiert sie in Lothringen zutage, und wir bekommen dafür keine Steuern. Herr Kratz irrt sich, wenn er meint, das sei eine französische Bergpolizeiverordnung gewesen; es war eine saarländische Verordnung, da eine französische Verordnung nicht im Amtsblatt der Regierungs-Kommission veröffentlicht wird.

Zu der Lohnfrage: Ich will mich selbst nicht dazu aussprechen, doch muß ich einiges, was

Herr

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

Herr Reinhard gesagt hat, berichtigen. Herr Reinhard hat gesagt, 1923 habe man gestreikt, weil zwischen Deutschland und Frankreich Krieg geführt worden ist. Das sagte er in seinem 1. Referat, im 2. sagte er ungefähr dasselbe und erklärt, daß die deutsche Regierung den Streik finanziert habe. Wenn Herr Reinhard diese Auffassung vertritt, dann stellt er sich auf den Boden des Saarbundes.

(Lachen - rechts -.)

Die Saarbündler haben damals und später dieselbe Auffassung vertreten. Es mutet überhaupt sehr viele Gewerkschaftsvertreter so an, als habe die Kommunistische Partei die Rolle des Saarbundes übernommen. Ich weise darauf hin, daß die Lohnverhandlungen 1923 geführt wurden, ehe man etwas vom Ruhrkampf wußte; dann waren die Gewerkschaftsführer damals gegen den Streik. Auf der Revierkonferenz unseres Verbandes hat der Bezirksleiter Schwarz sich damals mit aller Energie für die Annahme des Abkommens eingesetzt. Ich selbst griff in die Diskussion ein und sprach gegen den Streik. Eine Menge Angestellter von uns sagte: es hat keinen Zweck, daß wir den Streik in Angriff nehmen; er wird sehr lange dauern. Man empfahl das Abkommen zur Annahme. Die Mehrheit der Delegierten hatte den Streik beschlossen.

(Zuruf Reinhard:"Ich war auch für den Streik!")

Wenn gerade heute die Leute kommen und sagen, der Streik sei im Interesse des Ruhrkrieges geführt worden, dann muß ich das als eine gemeine Demagogie bezeichnen.

(Zurufe:"Sehr richtig!" -bei den Sozialdemokraten und beim Zentrum.-)

Ich weise des weiteren darauf hin, wenn solche Redensarten geführt werden, dann kann man die Frage an Herrn Reinhard stellen, ob die lothringischen Bergarbeiter damals im Interesse des Ruhrkrieges den Kampf führten, oder ob sie den Kampf führten, um ihre Lage zu verbessern. Ich betone, daß mir nichts davon bekannt ist, daß die deutsche Regierung den Streik finanziert hat. Unsere Instanzen haben ihre Streikgelder aus den Verbandskassen bezahlt. Wenn Herr Reinhard das Gegenteil sagt, so sage ich, er stellt sich auf denselben Boden, wie er damals von den Saarbündlern und auch in der Vergangenheit von den Saarbündlern vertreten wurde.

("Sehr gut!" -bei den Sozialdemokraten-.)
-Lachen des Herrn Reinhard.-

Damit hat er sich selbst gerichtet. Und damit betone ich, daß nun auch die kommunistische -

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

kommunistische Partei in allen diesen Gewerkschaftskämpfen die Rolle der Saarbündler übernimmt.

(Lachen bei den Kommunisten.)

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Staatskommissar Dr. H e i m .

Staatskommissar Dr.Heim: Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Kratz hat in seinen Ausführungen vorhin in recht scharfen Worten die Regierungskommission für die Übertragung der Ausbeutung an lothringische Grubengesellschaften verantwortlich gemacht. Demgegenüber möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß die Regierungskommission nicht in der Lage ist, in dieser Beziehung der Bergverwaltung Vorschriften zu machen, wie die Ausbeutung vorzunehmen ist. Das Saarstatut sagt ausdrücklich, daß es dem französischen Staat freisteht, die Kohlen selnst auszubeuten oder die Ausbeutung an andere zu übertragen. Ich muß infolgedessen den Vorwurf, daß die Regierungskommission hieran schuld sei, zurückweisen. In der Handhabung der Bergpolizei hat der Herr Abgeordnete Hoffmann die erforderlichen Berichtigungen gegeben. Zu den Einzelheiten, wie sie Herr Kratz ausführte, kann ich mangels Information nicht eingehen.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Reinhard.

Abg. Reinhard (K.P.): Zuerst eine Klarstellung. Herr Hoffmann behauptet hier, ich hätte gesagt, der Streik 1922 sei bloß im Interesse des kapitalistischen Konkurrenzkampfes geführt worden. Ich habe ausdrücklich gesagt, daßder Streik 1922,der damalige Streik der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen, zusammenfiel mit dem Konkurrenzkampf der französischen und deutschenKapitalisten und daß deshalb der Streik auch von den Gewerkschaftsführern befürwortet wurde, die heute den Streik ablehnten. Ich habe weiter gesagt, daß ich für den Streik war, weil Deutschland damals eine entrechtete Kolonie war und weil wir mit Hilfe des Streiks der deutschen Arbeiterklasse helfen wollten. Wir haben als Kommunisten keine Ursache, dies zu verheimlichen. Das haben sogar andere Leute von der kommunistischen Internationale vor kurzem geschrieben. Wenn das Politik der Saarbündler ist, so überlasse ich das den Leuten, die etwas von Politik zu verstehen glauben. Ich habe kein Interesse daran, mich darüber mit dem Herrn Hoffmann zu streiten. Wenn der Herr

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4 I

Hoffmann den guten Glauben hat, daß die deutsche Nation, die damals in einem Abwehrkampf war, die eine entrechtete Kolonie war, diese Dinge nicht ausnutzte, so ist das seine Sache. Es wirft nur ein Licht auf ihn, insofern, welch' ein geschickter Politiker der Herr Hoffmann ist. Und nun, Herr Hoffmann, möchte ich abschließend dazu sagen: Ich habe ferner gesagt, daß im Völklinger Streik die Regierungskommission die Arbeiter unterstützt hat und nicht deshalb unterstützt hat, weil sie den Arbeitern helfen wollte, sondern weil sie ihre imperialistischen Ziele unterstützen wollte gegen den deutschen Kapitalisten Röchling. Sie wollte nicht der deutschen Arbeiterklasse helfen. Nun sind sich die deutschen und französischen Kapitalisten einig. Deutschland ist keine entrechtete Kolonie mehr. Deutschland ist eingetreten in den Konzern der Imperialisten aller Länder; es ist eine Einheitsfront gegen die Arbeiterklasse gezogen. Deshalb ist die Politik der Gewerkschaftsführer zum Schaden der Arbeiterklasse an der Saar. Wenn das etwas mit Saarbund zu tun hat, dann hat Herr Hoffmann eine neue Theorie für die Politik der Saarbündler gefunden.

Eine andere Frage. Ich habe damals vor 2 Jahren die Frage der Steuerzahlung aufgerollt. Der Herr Staatskommissar hat damals gesagt; die Gemeinden haben kein Recht auf Steuerzahlung, unter Verweisung auf das hier geltende deutsche Gesetz, daß nur die Gemeinden Grubensteuer bekommen, unter denen ein Schacht ist. Der Landesrat muß nach meinem Dafürhalten hier erklären, daß dieses deutsche Gesetz aber nicht maßgebend ist für die Schachtanlagen im Ausland, und daß die Regierungskommission gezwungen werden muß, daß hier den Gemeinden von den geförderten Kohlen die Steuern gezahlt werden, denn die Dinge sind so, daß heute oder morgen sogar Grubenschäden entstehen; dann wird die Regierungskommission sagen, dafür ist das deutsche Gesetz da, dafür sind sie nicht haftbar. Die Unternehmer sind im Ausland, die können wir nicht am Kragen kriegen. Die Frage muß klargestellt werden, daß die Gemeinden -es handelt sich um Gemeinden der Bürgermeisterei Ludweiler- die Grubensteuer bekommen. Bisher ist nicht das Geringste geschen in der Frage der Gegenseitigkeitsverträge der Sozialversicherung. Ich glaube, es liegt an der Zentrumspartei, daß sie ihren Vertretern in der Regierung einmal den nötigen Hinweis gibt. Man braucht blos einen Paragraphen in der R.V.O. zu ändern, indem man die Beiträge, die die Arbeiter aus dem Saargebiet in Lothringen leisten müssen, kraft des Gesetzes hier als gültig anrechnet. Bisher ist die Sache so, daß die Arbeiter, die im Saargebiet wohnen und in Lothringen arbeiten, ihre Beiträge dort zahlen müssen; wenn sie diese Beiträge 2 Jahre gezahlt haben und werden Invalide, dann bekommen sie keine Rente, weil nach der R.V.O. hier diese Beiträge ungültig sind, weil ihre Anwartschaft erloschen ist. Die Zentrumspartei soll

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

soll einmal ihre Vertreter in der Regierung beauftragen, zuerst einmal diesen Paragraphen zu ändern, daß den Arbeitern, die im Saargebiet wohnen, ihre Beiträge, die sie in Lothringen leisten müssen, angerechnet werden. Die Auseinandersetzung zwischen den Versicherungsträgerm, zwischen Landesversicherungsanstalt Saargebiet und zwischen Straßburg und der Regierung andererseits, wird sich unseres Erachtens noch Monate und Jahre hinziehen. Die Dinge müssen sofort geändert werden, weil hier die Möglichkeit gegebenist. Ich bemerke nur; es sind Leute da, die bei dem Massenunglück vom Schacht Remeaux verunglückt und Invalide sind, die über 66 2/3 % erwerbsunfähig sind. Sie erhalten keine Invalidenrente, weil sie über 2 Jahre Beiträge in Lothringen zahlen mußten. Dieselben Verhältnisse bestehen ja auch umgekehrt. Dieser Weg muß unbedingt beschritten werden, unbeschadet eines gegenseitigen Abkommens, das wir schon immer gefordert haben. Richtig ist, was Hoffmann sagte, was jetzt in dieser Frage geschehen ist, ist absolut ungeeignet. Ich erwähne noch, daß auch der Völkerbund, von dem Sie immer wieder alles Heil erwarten und der Herr Kratz auch in der Kohlenfrage das Heil erwartet, daß auch der Völkerbund und seine Arbeitskammer in dieser Frage noch nichts getan haben. Kein Völkerbund, keine Saarregierung, niemand kümmert sich darum, daß den Leuten die zustehenden Renten gewährt werden. Hier besteht also nur die eine Möglichkeit, daß zuerst einmal hier die Paragraphen der R.V.O. geändert werden, in dem Sinne, wie ich es beantragt hatte. Und dann bekommen die Arbeiter im Saargebiet ihre Rente. Die Saarregierung hat die Pflicht, das zu tun. Sie ist nicht hier, um die Ausbeutung der Arbeiter zu überwachen, sondern um dafür zu sorgen, daß die Leute das ihnen zustehende Recht bekommen.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Kratz!

Abg. Kratz (Z.): Ich verkenne nicht, daß der Herr Staatskommissar Dr.Heim eine unangenehme Aufgabe hat, die Sache zu vertreten. Er kennt auch nicht die Einzelheiten, wie ich sie kenne. Was nun die Steuerfrage anbetrifft, so ist es klar, daß die deutsche Gesetzgebung schon allein deshalb die steuerliche Verpflichtung von den Tagesanlagen abhängig macht, weil es eben internationale Festsetzungen waren, daß nur innerhalb der Landesgrenze der Kohlenbergbau betrieben werden konnte. Was die Bergpolizeiverordnung angeht, so hat die Regierungskommission tatsächlich -und darum die scharfen Angriffe gegen sie- ihre Treuhänderpflicht verletzt. Sie hat ohne Anhörung der politischen Vertreter die Gesetzgebung geändert und französischen Bergpolizeibeamten die beantragten Befugnisse übertragen und im Amtsblatt

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4

Amtsblatt der Regierung die französische Bergpolizei-Verordnung amtlich als besondere Bergpolizei-Verordnung für Karlbrunn veröffentlicht. Das ist der Tatbestand.

Vorsitzender: Ich muß auch diesen wiederholten Vorwurf der Verletzung der Treuhänderpflicht zurückweisen. Das Wort hat der Herr Abg. Hoffmann!

Abg. Hoffmann (S.P.): Um auf meine vorigen Ausführungen zurückzukommen; ich habe wörtlich niedergeschrieben: "Ecker sagt, 1923 habe man gestreikt, weil zwischen Deutschland und Frankreich Krieg geführt worden sei. Der Streik sei nicht im Interesse der Arbeiter geführt worden." Ich halte meine Ausführungen voll und nz aufrecht.

Vorsitzender: Der Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion ist Ihnen bekannt; es haben sich sämtliche Parteien dazu geäußert. Es liegt dann noch von der Deutsch-Saarl. Volkspartei ein Antrag vor:

" Die Regierungskommission (Abtlg. Tiefbau) wird ersucht, den vom Kulturbauamt gestellten Antrag "die Einstellung von Kulturvorarbeitern" bei Ausführung von Boden- und Wasserkulturarbeiten nach dem Beispiel der bayrischen Gesetzgebung zu bewerkstelligen."

Dazu gesprochen kann nicht werden, weil die Anträge neu sind. Ich gebe sie lediglich bekannt, damit die Parteien sich einrichten können.

Ferner stellt die Deutsch-Saarl. Volks-Partei die folgenden zwei Anträge:

1) " Ist der Herr Staatskommissar bereit, Auskunft darüber zu geben, weshalb die Regierungs-Kommission die Genehmigung zur Aufnahme des Luftverkehrs dauernd hinauszögert? "

2) " Hat die Regierungs-Kommission etwas unternommen, um die Verunreinigung der Blies in der Gegen von L i m b a c h zu unterbinden? "

Das Wort hat der Herr Abg. Brettar!

Abg. Brettar (S.P.): Ich beantrage namens unserer Fraktion, daß über unseren Antrag abgestimmt wird. Es befremdet uns, daß unser Antrag an die Regierungskommission weitergeleitet wird, ohne darüber abzustimmen.

Vorsitzender: Wir haben das immer so gehandhabt. Wir haben bis jetzt nie -Sie können die Stenogramme der letzten 4 Jahre nachsehen- eine Abstimmung in solchen

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4

solchen Fällen, die auf der Tagesordnung nicht vorgesehen sind, vorgenommen. Wir sind bis jetzt immer nach dieser Weise verfahren.

Die Sitzung ist geschlossen!

(Schluß der Sitzung: 1 Uhr 30 Min.mittags).

--oOo--

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4